

Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 4/5/6

April/Mai/Juni 1955

1 Schilling

10 Jahre 1. Mai

Vor fünfundzwanzig Jahren hat die österreichische Arbeiterklasse zum erstenmal den 1. Mai in der von ihr errichteten Ersten Republik festlich begangen. Fünfzehn Jahre hindurch bis zur Maifeier im Jahre 1933 demonstrierten in Wien und in den Bundesländern die arbeitenden Menschen in gewaltigen und erhebenden Kundgebungen für ihre politischen und sozialen Rechte, für Freiheit und Frieden. Es waren mächtige Veranstaltungen, die die internationale Verbundenheit der österreichischen Arbeiter mit ihren Brüdern und Schwestern in der ganzen Welt zum Ausdruck brachte.

Diese Periode der friedlichen Massenkundgebungen für ein besseres Leben in einer neuen politischen und sozialen Ordnung wurde auf die Dauer eines Jahrzehnts gewaltsam unterbrochen. Zum erstenmal, weil die austrofaschistischen Abenteurer für kapitalistische Interessen die Demokratie zerschlugen, um die Freiheitsrechte abzuschaffen und die wirtschaftliche Ausbeutung wieder einzuführen, zum zweitenmal, weil der deutsche Faschismus Österreich überfiel, um es seinen kriegerischen Interessen und seinen Machtplänen einzuordnen.

Die Arbeiter hatten in dieser Zeit viel zu leiden, und unzählig sind die Opfer, die sie am Altar der Freiheit brachten. Aber ihr niemals erlahmender Wille und ihre Treue zur sozialistischen Idee überwand alle Verfolgungen. Sie bekannten sich auch in der Verbotszeit mutig zur Partei, sie feierten den 1. Mai, gehetzt und verfolgt in den Gefängnissen und Konzentrationslagern und in den Bombenkellern. Immer wieder fanden sich kleine Zirkel zusammen, die die Erinnerung an diesen uns teuren Tag wach hielten und ihr ganzes Hoffen und Sehnen auf den ersten Maitag in einer neuen Freiheit richteten.

Der Tag blieb nicht aus. Zehn Jahre sind nun vorübergegangen, seit wir den 1. Mai in der Zweiten Republik feierlich begehen. Dennoch — es ist nicht der 1. Mai der vollen Freiheit. Noch müssen wir um die wirtschaftliche Sicherheit und um die gesicherte soziale Existenz kämpfen. Noch immer erfüllt uns die Sorge um die Erhaltung der sozialen Errungenschaften, um den gesicherten Arbeitsplatz und die gerechte Aufteilung des Arbeitsertrages. Noch immer ist der Frieden auf der Welt nicht gefestigt.

Am zehnten Jahrestag unserer 1.-Mai-Feier in der Zweiten Republik blicken wir voller Zuversicht in die Zukunft. An diesem Tag geloben wir, die Demokratie gegen alle Anschläge der Reaktion zu verteidigen und sie niemals mehr fremden diktatorischen Interessen preiszugeben. Weder Reaktion noch Faschismus noch die kommunistische Diktatur dürfen an ihr rütteln. Wir fordern aber auch die endgültige Befreiung Österreichs von den fremden Besatzungsmächten. Unser Land und die Bevölkerung lehnen jede Bevormundung ab. Das österreichische Volk ist sich seiner Aufgabe bewußt und wird eine unabhängige, auf Frieden und Freiheit, auf soziale Wohlfahrt und Sicherheit gerichtete Politik führen, die allein imstande ist, die Not und das Elend der arbeitenden Menschen zu bannen. Der 1. Mai 1955 soll einen neuen, glückverheißenden Abschnitt in der Geschichte der österreichischen Arbeiterklasse einleiten.

Kommt am 1. Mai mit uns, kämpft mit uns für Frieden und Freiheit!

1. Mai — Festtag und Kampftag

Am 1. Mai wird das arbeitende Volk von Wien zur alljährlichen Kundgebung der Sozialistischen Partei über den Ring zum Rathaus ziehen. Zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter werden durch die Stadt dem traditionellen Versammlungsplatz entgegenmarschieren, zu einem machtvollen Aufmarsch, und dem Roten Wien ein festliches Gepräge geben. Der Festtag der Erinnerung, daß der jahrzehntelange Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, um mehr Kultur, um den sozialen Aufstieg zu glanzvollen Erfolgen der Arbeiterklasse geführt hat, wird sie mit Stolz und Freude erfüllen.

An diesem Tage bewegen unsere Gedanken gleichsam die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Der Ruf, der um die Jahrhundertwende an die damalige Arbeitergeneration erscholl, die eigene Lage zu erkennen und den Befreiungskampf um die allgemeinen Lebensbedürfnisse zu führen, hat reiche Früchte getragen; er ist auch heute noch nicht verhallt und hat seine volle Berechtigung. Die Parole: Wachtet auf! Kämpft gegen Unverstand, Unrecht und Ausbeutung! findet immer wieder stärksten Widerhall. Der 1. Mai ist zum symbolischen Tag dieser Losungen geworden. Wir freuen uns nicht nur über die erreichten Forderungen, wir kämpfen für viele Forderungen, die uns bis heute versagt geblieben sind.

Der Maitag ist der Tag der Erkenntnis, daß die erwachende Natur dem Menschen Hoffnung und Kraft gibt. Die Arbeiterbewegung schöpft aus diesem natürlichen Quell, er spornt sie an, die Entwicklung zu einem besseren Dasein zu beschleunigen. So wie Licht und Wärme das Leben in der Natur neu gestalten und zur Entfaltung bringen, sollen Licht und Wärme das Leben der Menschen in der menschlichen Gesellschaft neu gestalten und auf einer höheren Stufe zur Entfaltung bringen. Das geht weder

in der Natur noch in der menschlichen Gesellschaft ohne Kampf ab. Das Licht und die Finsternis gehören zum ewigen Rhythmus in der Natur. Aber das Licht und das Helle, die Wärme überwinden immer wieder die Finsternis, das Alte stirbt ab, das Neue entsteht schöner und prächtiger als zuvor. Derselbe Vorgang spielt sich in der menschlichen Gesellschaft ab. Die

Mächte des Dunklen, die alten Formen und der morsche Inhalt werden durch die hellen Kräfte des Verstandes und der allmählich aufkommenden Einsicht in die Gerechtigkeit gebrochen und führen zu einer neuen Entwicklung des menschlichen Lebens. Daher setzt die Arbeiterklasse am Maientag, dem Festtag der Arbeit, neue Taten, die in ein besseres und schöneres Dasein führen sollen.

Aber wir sind noch lange nicht am Ziel, wir haben noch vieles zu vollbringen. Am 1. Mai richten wir unsere Blicke auch auf die Dinge, die die Welt der Arbeit bewegen.

Die technische Entwicklung schreitet unauf-

haltsam vorwärts. Der menschliche Geist unterordnet sich der Natur in immer stärkerem Maße, immer mehr wird die Arbeit unserer Hände durch die Technik ersetzt. Eine ungeahnte Fülle von Waren wird erzeugt, die dem Leben dienen und es schöner machen sollen. Aber noch immer nicht haben die Arbeiter die Verfügung über die Produktionsmittel, noch immer ist der Einfluß des Kapitals mächtig, immer noch wird der Staat zum großen Teil vom Bürgertum beherrscht, die Verwaltung von einer arbeiterfeindlichen Beamtenkaste geleitet. Daher müssen wir immer neue Massen zum Kampf um den Besitz der Produktionsmittel führen und um die Macht im Staate und in der Verwaltung. Erst wenn wir diesen Kampf gewinnen, wird die Not und Arbeitslosigkeit, die soziale Unsicherheit und die Furcht vor dem Morgen ein Ende haben. Unser Ziel ist es, den

10 Jahre in der Zweiten Republik



1. Mai

**Für die Freiheit!
Für Wohlstand
und soziale Sicherheit!
Für ein sozialistisches
Österreich!**

Kampf siegreich zu beenden, denn erst dann wird der 1. Mai ein wirklicher Festtag der Arbeit sein.

Der 1. Mai 1955 ist ein heller Tag für die sozialistische Arbeiterbewegung. Unsere Maifeier stärkt das Bewußtsein, daß wir eine mächtige Gemeinschaft sind, die eine gewaltige Kraft darstellt. Viele wichtige Forderungen haben wir erkämpft. Die sozialistischen Massen

werden am 1. Mai in der gewaltigsten Kundgebung des Jahres geloben, den Kampf um die Rechte des arbeitenden Volkes bis zur vollen Erfüllung zu führen. Sie werden an diesem Tage mit leuchtenden Augen und voller Zuversicht in die Zukunft blicken. Der Traum von Millionen von arbeitenden Menschen, in einer besseren und gerechteren Gesellschaftsordnung leben zu können, wird sich erfüllen.

Die Wiedergeburt Österreichs

Als sich am 27. April des Jahres 1945 die Provisorische Staatsregierung — an ihrer Spitze der unvergeßliche Staatsmann Dr. Karl Renner — konstituierte, existierte ein Staat „Österreich“ nicht einmal dem Namen nach. Er war in den sieben Jahren des Hitlerterrors enthauptet und zerstückelt worden, es gab nach der Flucht der politischen Amtsträger des Dritten Reiches überhaupt keinen Staatsapparat, dafür aber das Chaos der Hinterlassenschaft des totalen Wahnsinnskrieges mit sinnloser Zerstörung, Hunger, Not und Massenelend.

Es war eine trostlose Situation für diese provisorische Körperschaft, deren Aufgabe es war, die demokratische Republik aus dem Nichts wiedererstehen zu lassen. Noch war der Krieg offiziell nicht zu Ende, noch gab es kein Parlament, aber die 1934 aufgelösten politischen Parteien hatten ihre Arbeit bereits aufgenommen. Da ihre Vertreter unter den gegebenen Umständen den einzig denkbaren und daher berechtigten Ersatz einer Volksvertretung darstellten, war die Einsetzung einer Provisorischen Staatsregierung durch ihre Willenskundgebung und mit ihrer einhelligen Zustimmung gerechtfertigt.

In kürzester Frist wurde zunächst die republikanische Staatsverfassung Österreichs durch eine Verfassungsnovelle (Inkraftsetzung der Verfassung von 1929) wiederhergestellt und zugleich wurden alle Bindungen an das Deutsche Reich beseitigt. Kurz nach Inkrafttreten dieser „Maiverfassung“ wurde das Verbotsgesetz gegen die NSDAP und alle ihre Organisationen erlassen und nun galt es neben einer Fülle von legislativer Arbeit, inmitten von Chaos und Trümmern, das schier unlösbare Problem der Wiederbelebung des Organismus Österreichs zu bewältigen.

Erinnern wir uns kurz:

Anfang August erfolgte die Einteilung Österreichs in Besatzungszonen, einen Monat später nahm der Alliierte Rat seine Tätigkeit auf, und nun erst konnte die Provisorische Staatsregierung darangehen, die Verbindung mit den Bundesländern aufzunehmen. Auf drei Länderkonferenzen (24. September, 9. Oktober und 25. Oktober 1945) wurden weitestgehend übereinstimmende Beschlüsse gefaßt und die Voraussetzungen für die ersten freien Wahlen seit 1930 geschaffen, die am 25. November 1945 abgehalten wurden. Am 18. Dezember anerkannte der Alliierte Rat die vom Volk gewählte Regierung, am 19. Dezember wurde das parlamentarische Leben in Österreich im vollen Umfang wieder aufgenommen. Staatskanzler Renner eröffnete die erste Sitzung. Am 20. Dezember wählte die einberufene Bundesversammlung das Staatsoberhaupt: von 205 abgegebenen Stimmen entfielen 204 auf Dr. Karl Renner.

Die Republik Österreich war wiedererstanden!

*

Dies nur als kleinen, streiflichtartigen Rückblick. Er soll uns an die Ausgangssituation der parlamentarischen Arbeit der vergangenen Jahre erinnern, die unter wesentlich anderen Voraussetzungen wie seinerzeit, nach 1918, vor sich ging. Die besondere Lage eines zwar „befreiten“, jedoch vielfach besetzten Landes, in dem nach den Bestimmungen des 1. Kontrollabkommens (5. Juli 1945) der Alliierte Kontrollrat sich „in Fragen, die Österreich in seiner Gesamtheit betreffen“,

die letzte Entscheidung vorbehielt, veranlaßte die Sozialistische Partei, die 1945 ebenso wie 1918 die moralische Kraft unseres Landes und seiner Bevölkerung entscheidend zur Geltung brachte, zu einer Politik der Koalition, um die grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Probleme im Sinne der arbeitenden Bevölkerung mitverantwortlich zu lösen. Es war, wie es sich in der Folge erwies, notwendig gewesen. Allerdings, welcher Besonnenheit es seitens unserer Partei bedurfte, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, die immer wieder durch die Resistenz der zusammenge„bündelten“ Volkspartei entstanden, das ist ein anderes Kapitel.

Neben diesem Handikap galt es auch, die obligatorischen Stör- und Sabotageversuche der Kommunisten abzufangen, die zwar zahlenmäßig trotz Rückendeckung durch das sowjetische Besatzungselement und trotzdem sie sich in weiterer Folge als „Linksblock“ und als „Volksopposition“ tarnten, über ihre 5 Prozent nicht hinaus gelangten, als „Kaderpartei“ jedoch eine latente Gefahr bedeuteten. Diese Gefahr zu bannen, blieb und bleibt auch weiterhin den Sozialisten vorbehalten, die allein eine hundertprozentige Garantie gegen alle Volksdemokratisierungsversuche darstellen.

Aber auch die Konzeptlosigkeit und das schwankende Verhalten des in der zweiten Legislaturperiode auf den Plan getretenen VdU, dessen Exponenten durch zwielichtige Reden und Publikationen dem russischen Besatzungselement immer wieder den Vorwand zu Interpellationen hinsichtlich der Komplexe „Neonazismus“ und „Anschlußgefahr“ boten, waren nicht dazu angetan, ein für Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit günstiges innenpolitisches Klima zu schaffen.

Um so bewunderungswürdiger war es, mit welchem Elan die Sozialisten das Tempo, den Geist und den Charakter der Aufwärtsentwicklung Österreichs bestimmten.

Nur einige Streiflichter:

Während bereits im April 1946 unsere Genossen Dr. Schärf und Dr. Pittermann eine inoffizielle Reise nach England unternahmen, in deren Verlauf sie in einer Aussprache mit dem damaligen Außenminister Ernest Bevin die Voraussetzungen schufen, die zu dem 2. Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946 führten, das die rechtliche Autorität der Bundesregierung wesentlich erweiterte ...;

während die Parteikonferenz vom 6. Mai 1946 den „Plan der österreichischen Freiheit“ festlegte, ein Forderungsprogramm zur Beseitigung des drückendsten Notstandes, dessen einzelne Punkte von dem Tage an, an dem sie die Sozialisten als erste und in vielfacher Hinsicht auch als einzige ausgesprochen hatten, nicht mehr von der politischen Tagesordnung verschwanden ...;

während auf einer außerordentlichen Konferenz der Partei am 6. Mai 1947, in der Genosse Dr. Schärf zum Thema „Staatsvertrag“ referierte und wo eine Resolution beschlossen wurde, deren Inhalt einem Aktionsprogramm gleichkam; während in derselben Konferenz Genosse Helmer, der unerschrockene, niemals „danke schön“ sagende Mahner und Forderer, das Herzensproblem „Kriegsgefangenenfrage“ unmißverständlich aufs Tapet brachte (mit dem Erfolg, daß

vier Monate später, am 12. September 1947, der erste Heimkehrertransport aus der Sowjetunion in Wiener Neustadt eintraf)...

während, dank dem zähen Ringen der Sozialisten, im Parlament markante Punkte am Sektor der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung fixiert wurden, wie das neue Arbeiterurlaubsgesetz (25. Juli 1946) oder die „Magna Charta“ des Gewerkschaftsbundes, das Kollektivvertragsgesetz (26. Februar 1947) oder das Betriebsrätegesetz (28. März 1947)...

...erfolgte in der ersten Legislaturperiode auf der Gegenseite der berühmte Annäherungsversuch der Volkspartei an die Kommunisten im Mai 1947 und fand unter anderem auch die obskure Geheimkonferenz von Oberweis (28. Mai 1949) statt: zwei Versuche, die Sozialisten mit Hilfe von Exponenten totalitärer Prinzipien, auch um den Preis des wiedergeborenen Österreich, auszuschalten...

*

Und wieder einige Streiflichter:

In der zweiten Legislaturperiode erfolgte im Oktober 1950 der letzte Versuch der „Russenpartei“, Österreich im Wege eines Putsches zu volkdemokratisieren: er scheiterte in erster Linie an der Haltung der Sozialisten, insbesondere der Arbeiterschaft; zugleich war dies auch eine Bewährungsprobe des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und des gewerkschaftlichen Gedankens überhaupt.

Das Ableben des Erbauers der Ersten und der Zweiten Republik, des Sozialisten Dr. Karl Renner, hinterließ eine schmerzliche Lücke. Die Wahl seines Nachfolgers jedoch, die zum erstenmal durch das Volk direkt erfolgte, stellte ein Vertrauensvotum für die von den Sozialisten bisher verfolgte Politik dar. Die Entscheidung für den Bürgermeister des Roten Wien, Dr. h. c. Körner, dessen feierliche Angelobung als Staatsoberhaupt am 21. Juni 1951 erfolgte, war eindeutig.

Ebenso eindeutig, jedoch im negativen Sinne, war hingegen zum Beispiel die Haltung der ÖVP in der Frage der Rückstellung der Starhemberg-Güter. Und als „massierter Angriff der Reaktion“ kann ihre Haltung bei den Budgetverhandlungen im Oktober 1952

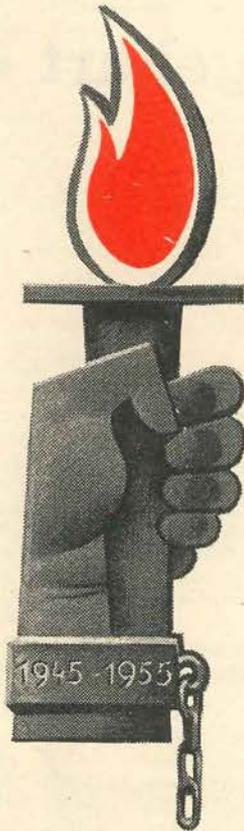
bezeichnet werden, in deren Verlauf seitens der ÖVP der Versuch unternommen wurde, das auf weite Sicht geplante Investitionsprogramm der SPÖ, „kamitzplanmäßig“ zu sabotieren. Das Nichtzustandekommen eines Ministerratsbeschlusses — die Sozialisten lehnten das sozialreaktionäre Budgetvorhaben der ÖVP rundweg ab — führte bekanntlich zur Gesamtdemission der Regierung, die jedoch vom Bundespräsidenten wenige Tage später in unveränderter Zusammensetzung neu ernannt wurde. Im weiteren Gefolge kam es dann, wie erinnerlich, zur Vorverlegung des Termines der Nationalratswahlen 1953 auf den 22. Februar dieses Jahres.

*

Nur Streiflichter sind es, einige Streiflichter nur. Sie zeigen aber, daß es in Österreich nur eine Partei gibt, der es wirklich um Österreich geht und die auch als einzige in der Lage ist, das zu festigen, was 1945 im Zeichen der Wiedergeburt auf schwankender Grundlage begonnen wurde. Sie ist auch in der Lage, das zu bewahren, was während der Geburtsjahre an Positivem erreicht worden ist.

Wir können auch ruhig sagen: Der Haltung der Sozialisten ist es zu verdanken, daß die Welt mittlerweile zur Kenntnis genommen hat, daß wir weder kapitalistisch noch kommunistisch, weder eine westliche Kolonie noch in der Sklaverei der „Volksdemokratie“ sein wollen. Die gleiche unbeugsame Haltung bestimmt auch unser Verhalten in der Frage des längst schon überfälligen Staatsvertrages: Keine Konzessionen, von welcher Seite auch immer, können uns ein artiges „Danke schön!“ für etwas abringen, was wir zu Recht zu fordern haben.

An diesem zehnten Jahrestag der Wiedergeburt Österreichs wollen wir das Versprechen ablegen, daß wir auch weiterhin alles daransetzen werden, all jene innenpolitischen Voraussetzungen zu schaffen und zu hüten, die für die endgültige Freiheit und längst verdiente völlige Unabhängigkeit unseres Landes vonnöten sind; nach außenhin aber soll dieses Land durch unsere Arbeit an Würde und Ansehen so sehr gewinnen, daß sein Ruf nach Freiheit und Unabhängigkeit von der Welt nicht länger mehr überhört werden kann.



Der Aufmarsch der Sozialisten am 1. Mai 1955

muß die Wiedergeburt der Bewegung und ihre zehnjährigen Aufbauleistungen symbolisieren. Er muß die größte Kundgebung werden, die Österreich je gesehen

Aktive Sozialisten, bereitet ihn bestens vor!

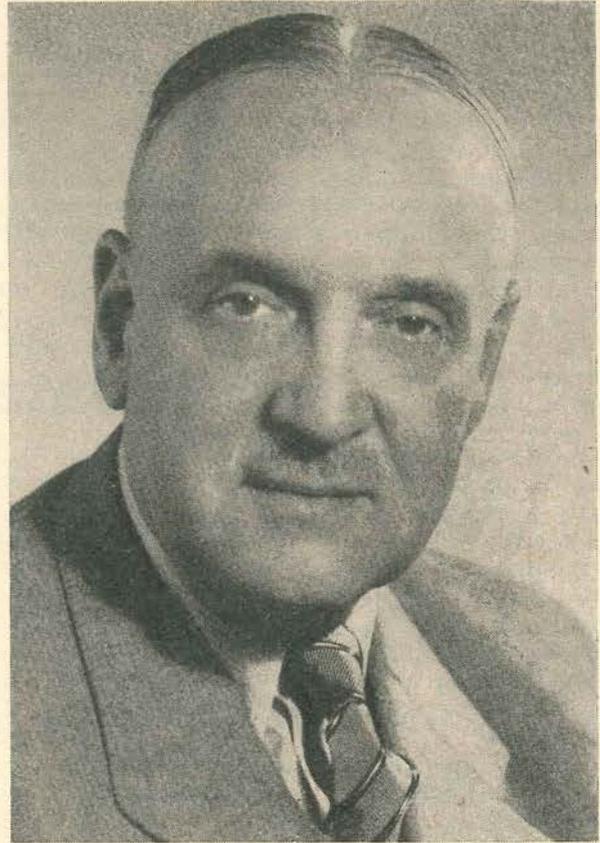
Zum zehnten Geburtstag unserer Partei

Als im Jahre 1945 unser Staat wieder gegründet wurde, fanden sich im Wiener Rathaus die ersten Vertrauensmänner der alten Sozialdemokratischen Partei und der Revolutionären Sozialisten zusammen, um die Sozialistische Partei wieder zu gründen.

Heute denkt man nicht mehr daran, unter welch schwierigen Umständen diese Gründung in Wirklichkeit vor sich gegangen ist. Nach dem Einmarsch der Russen in Wien und der Alliierten in Österreich war es notwendig, zur Neugründung einer Partei die Zustimmung der Alliierten beziehungsweise der zuständigen Besatzungsmacht zu erlangen. Bei der Sozialistischen Partei hat sich das in der Form abgespielt, daß Vertrauenspersonen zu der russischen Besatzungsmacht gingen und ihnen den Willen bekanntgaben, wieder die Sozialistische Partei zu gründen. Die Russen haben damals gefragt, wie viele Mitglieder eigentlich die Sozialistische Partei hat. Als ihnen geantwortet wurde, daß die Partei noch nicht gegründet werden konnte, weil die Zustimmung der Alliierten noch fehlt, stellten sich die Russen auf den Standpunkt: ... wenn die Sozialisten sowieso keine Mitglieder haben, dann brauchen sie auch die Partei nicht zu gründen. Bei der nächsten Aussprache, als wieder an die Vertreter der Sozialisten von den Russen die Frage gerichtet wurde, wieviel Mitglieder die Sozialistische Partei hat, erklärten die Vertreter einfach, daß wir bereits über 100.000 Mitglieder verfügten. Die Antwort der Russen darauf war, wieso wir uns unterstehen könnten, die Mitglieder zusammenzufassen, ohne die Genehmigung der Alliierten zu haben. Dieses Spiel sollte sich — wäre es nach dem Willen der Russen gegangen — noch lange wiederholen, damit den Kommunisten ein entsprechender Vorsprung gesichert worden wäre. Die Vertrauenspersonen der Sozialistischen Partei haben sich aber durch das neckische Spiel durchaus nicht einschüchtern lassen, sondern in allen Bezirken Vertrauensleute gesucht und sind an die Neugründung der Partei gegangen. Wie zweckmäßig diese Vorgangsweise gewesen ist, hat sich dann bei den noch im Jahr 1945 stattgefundenen Wahlen gezeigt. Hätte die Sozialistische Partei zu diesem Zeitpunkt noch nicht über eine entsprechende Organisation verfügt, wäre es kaum möglich gewesen, die Arbeiterklasse zu einem mitentscheidenden Faktor in Österreich zu machen.

Der Aufbau der Organisation bereitete natürlich mancherlei Schwierigkeiten. Soweit man es mit aus der Vergangenheit bekannten Vertrauenspersonen zu tun hatte oder soweit es sich um Mitarbeiter aus der Illegalität handelte, war es verhältnismäßig leicht, ein Vertrauensverhältnis unter den Mitgliedern und Vertrauenspersonen der Partei herzustellen. Aber wie das immer nach einer so bewegten

Wir gratulieren



Unser Parteivorsitzender Genosse Dr. Adolf Schürf begeht am 20. April seinen 65. Geburtstag

Zeit bei Neugründung einer Partei ist, hat es auch bei uns nicht an Versuchen gefehlt, sich in unsere Partei einzuschleichen und die Partei für persönliche Vorteile auszunützen. Diese Gefahr wurde von unseren Vertrauenspersonen nicht nur rechtzeitig erkannt, sondern in Wirklichkeit vorausgesehen. Die Trennung der Geister erfolgte bei uns sehr rasch; alles, was nicht korrekt und sauber war, wurde schon in wenigen Wochen aus unserer Partei entfernt, und damit wurde auch die wesentliche Voraussetzung geschaffen, daß die Bevölkerung in einem immer steigenden Ausmaß Vertrauen zu unserer Bewegung gewann. Selbstverständlich mußte auch darauf geachtet werden, daß es den Kommunisten nicht gelang, in unsere Partei einzudringen und von innen heraus Spaltungsbewegungen zu entfachen. Aber auf die organisatorischen Erfahrungen aus der Vergangenheit und aus der Illegalität gestützt, konnten auch alle Versuche der Kommunisten, unsere Partei zu schwächen, verhindert werden. Bereits am 31. Dezember 1945, also nach acht Monaten, zählte unsere Partei in ganz Österreich fast 360.000 Mitglieder, davon 156.000 in Wien.

Die organisatorische Erfahrung unserer alten Vertrauenspersonen, verbunden mit dem politischen Schwung und der politischen Begeisterung der in der Illegalität gestärkten

jüngeren Genossen, wurde zu einer Kraft zusammengefaßt, die imstande war, trotz elf Jahre Unterdrückung, die alte Sozialdemokratische Partei wieder im neuen Glanz und neuer Stärke erstehen zu lassen.

Der erste 1. Mai im Jahre 1945 war noch eine Maikundgebung der sogenannten überparteilichen Einigung. Vertreter aller Parteien haben bei diesen Maikundgebungen gesprochen. Aber schon dieser erste 1. Mai zeigte die wiedererstandene Sozialistische Partei in einer beachtlichen Größe. Überall dominierten die

roten Fahnen mit den drei Pfeilen, und bei allen Kundgebungen ernteten die Redner der Sozialistischen Partei den größten Beifall der Teilnehmer.

In den abgelaufenen zehn Jahren ist die Sozialistische Partei Österreichs in ihrer Organisation wieder genau so mächtig geworden wie die alte Sozialdemokratische Partei vor 1934. Derzeit ist der Mitgliederstand bereits auf 670.000 gestiegen, und rund 50.000 Vertrauensmänner arbeiten ehrenamtlich in unserer Bewegung.

Die letzten Tage

Anfang 1945 war es sicher geworden, daß die Deutschen den Krieg gegen die von Osten und Westen anstürmenden Heere in längstens einigen Wochen oder Monaten unabwendbar verlieren würden. Die Westmächte standen an der Maas, an der Saar und am Rhein, die Russen hatten den größten Teil Oberschlesiens in der Hand. Die Hoffnung der Deutschen, die Entscheidung mit neuen Luft- und Seekriegswaffen herbeizuführen, hatten alle Einsichtigen aufgegeben. Aber Hitler hielt an der Illusion fest, mit neuen Kampfflugzeugen und Elektro-U-Booten die Führung des Krieges auf der Erde hintanhalten zu können und die Entscheidung in der Luft und auf dem Meere zu suchen. Aber weder die Düsenjäger noch die V1 und V2 konnten eine Wendung herbeiführen, und der Seekrieg hatte in diesem Stadium bereits jede strategische Bedeutung verloren. Auch die größte Hoffnung Hitlers auf die Atombombe war zunichte geworden. Schon im August 1944 wurden bei der Einnahme von Straßburg Beweise aufgefunden, daß die an der Entwicklung der Atomwaffen arbeitenden deutschen Physiker noch weit davon entfernt waren, den Gedanken verwirklichen zu können.

Jede Hoffnung der Deutschen, durch ein Wunder die militärische Niederlage abzuwenden, war geschwunden. Aber auch die politische Spekulation Hitlers, daß die Westmächte einen Sonderfrieden schließen würden, um den weiteren Vormarsch der Russen nach Deutschland zu verhindern, entbehrte jeder Grundlage. Je mehr die realen Aussichten schwanden und die Spekulationen sich als trügerisch erwiesen, desto hartnäckiger weigerten sich Hitler und die deutsche Heeresführung, die von den Alliierten geforderte bedingungslose Kapitulation anzunehmen. In dieser aussichtslosen Situation gab Hitler in einer Führer-Lagebesprechung den Befehl, von nun an gegen jedes Völkerrecht die feindlichen Gefangenen rücksichtslos zu behandeln, das heißt keine zu machen, und forderte die Bevölkerung zum äußersten Widerstand auf.

Am 8. Februar begann der letzte entscheidende militärische Schlag, die Westmächte begannen mit der Verwirklichung des rheinischen Feldzugplanes. In den nachfolgenden sechs Wochen waren alle Übergänge über die deutschen Flüsse gewonnen, der Westwall war gefallen, und den Alliierten stand der Weg offen, tief nach Deutschland vorzustoßen. Es war den Deutschen nicht gelungen, das Unheil im Westen abzuwenden, trotz der erbitterten Gegenwehr die Hekatomben von Opfern forderte. Am 23. März hatten die Deutschen mehr als ein Drittel ihrer Streitkräfte im Westen verloren, seit Beginn der Offensive waren dreihunderttausend Mann in Gefangenschaft geraten und mehr als sechzigtausend gefallen oder verwundet. Statt aus den furchtbaren Niederlagen die notwendigen Schlüsse zu ziehen, reagierte Hitler wie ein Wahnsinniger. Um den Vormarsch zu verhindern, erließ er einen Befehl an alle Heeresgruppen und Gauleiter, daß der Krieg ohne Rücksicht auf das eigene Volk zu führen sei. Die Zerstörung aller Industrieanlagen, der Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerke sowie der Lebensmittel- und Versorgungslager, aller Brücken, Bahnanlagen, Postanlagen, aller Schiffe, Waggons usw. sollte restlos durchgeführt werden. Nichts durfte dem Feind in die Hände fallen, wenn dadurch auch die eigene Bevölkerung furchtbar in Mitleidenschaft gezogen würde. Die Parole des Krieges der „verbrannten Erde“ wurde durch diesen wahnwitzigen Befehl zur traurigen Tatsache. Die Menschen wurden von lähmender Furcht erfaßt, klammerten sich aber gleichzeitig an jede Hoffnung, die ihnen die gesteigerte Propaganda vorlog. Die große Mehrheit aber, deren Wohnstätten zerstört waren, bangte um das nackte Leben und verfiel der Stumpfheit und Resignation.

Was die nationalsozialistischen Führer in dieser Situation taten, grenzt nicht nur an das Verbrecherisch-Wahnsinnige, es war auch grotesk und dumm und ist auch kaum zu glauben.

Mit uns für eine bessere Welt!

Hitler ließ sich Anfang April aus der „Geschichte über Friedrich den Großen“ vorlesen und war so gerührt, daß ihm Tränen in den Augen standen, als er die Stelle über die schwärzesten Stunden des Königs im Siebenjährigen Krieg hörte. Als Goebbels Hitler die Nachricht vom Tode Roosevelts telephonisch in den Luftschutzbunker übermittelte, sagte er unter anderem in verzückter Begeisterung: „Das ist der Wendepunkt!“ Dies alles spielte sich ab, als die Amerikaner bereits bis zur Elbe vorgestoßen waren. Selbst in dieser Lage zog Hitler den Schluß, daß über die Besetzungszonen Streitigkeiten zwischen den Alliierten ausbrechen würden, die ihn hoffen ließen, Nazideutschland noch zu retten. Von der Aufgabe des Kampfes war keine Rede. Er gab Befehl, den Krieg im Norden unter dem Befehl Dönitz' fortzusetzen, und im Süden erhielt Kesselring den gleichen Auftrag.

Je unerträglicher und aussichtsloser die Lage wurde, desto hartnäckiger klammerte sich Hitler an seine Wahnideen. Es waren die Vorstellungen eines dem geistigen Verfall zutreibenden Mannes, der täglich zwischen Optimismus und Verzweiflung, Lethargie und Raserei hin und her gerissen wurde. Daß er dennoch die Autorität und Befehlsgewalt behauptete, spricht weniger für ihn, sondern mehr gegen seine Befehlsempfänger. Dahinter lauerten die meisten seiner Getreuen, die Ergebenheit und Anerkennung dem Führer nur noch heuchelten.

Noch am 20. April erschienen zu seinem Geburtstag die Treuesten und Eigensüchtigsten, um ihre Verbundenheit auszudrücken. Hitler versicherte, daß die Russen „vor Berlin ihre blutigste Niederlage erleiden würden“. Als diese Prophezeiung nicht eintraf, sondern die Russen bereits in die nördlichen Vorstädte von Berlin eingedrungen waren und russische Granaten auf seinen Bunker fielen, überkam ihn die Verzweiflung. Er erklärte, da Armee und Luftwaffe, SS und Partei ihn verraten hätten, wolle er in Berlin bleiben und die Verteidigung der Hauptstadt persönlich übernehmen. Seine Generale versuchten ihn zu bewegen, die Westfront aufzugeben und alle verfügbaren militärischen Kräfte zur Verteidigung der Ostfront aufzuwenden. Hitler sagte, daß es nichts mehr zu kämpfen gäbe.

Am nächsten Tag wurde über den Sender Berlin bekanntgegeben, daß Hitler und Goebbels in Berlin bleiben würden, um die Stadt bis zum Letzten zu verteidigen. Dieser Entschluß hatte nur mehr den Zweck, die Selbstbeweihräucherung und die Legendenbildung über das Heldentum der beiden zu vervollkommen. Sie verzichteten in dieser Situation, die allen Ernst erforderte, nicht darauf, ihr Diktatorentum aufzugeben. Die Eitelkeit stand den nationalsozialistischen Führern bis übers Grab hinaus näher als das grauenhafte Schicksal des eigenen Volkes.

Während die beiden angesichts des ihnen bevorstehenden Schicksals, auf ihr gutes Horoskop vertrauend, sich einbildeten, daß irgend-

eine irrationale Macht das Blatt noch wenden könne, waren die viel realer und selbstsüchtiger denkenden übrigen Führer den sicheren Landweg nach Schleswig-Holstein oder Bayern geflohen. Hitler selber, im Zustand des zunehmenden Verfalls, war zu keinem Entschluß mehr fähig, die geflohenen Naziführer waren aber zu feige, selbständig zu handeln. Als der designierte Nachfolger Hitlers, Göring, an ihn ein Telegramm sandte, in dem er sich auf den Erlaß als „Führer-Stellvertreter“ bezog und die Führung des Reiches übernehmen wollte, klagte ihn Hitler des Verrates an und befahl seine Verhaftung. Auch Himmler betrachtete sich als Nachfolger Hitlers, er wandte sich an den Grafen Bernadotte, den Präsidenten des Schwedischen Roten Kreuzes, der die amerikanische Regierung wissen lassen sollte, daß er, Himmler, bereit sei, als neuer Führer im Westen bedingungslos zu kapitulieren und im Osten den Krieg fortsetzen werde. Dies wurde selbstverständlich abgelehnt.

In der Nacht zum 28. April setzte Hitler ein in schwulstigen Phrasen gehaltenes Testament auf, in dem er jede Verantwortung für den Krieg von sich abschob und die Engländer und „das internationale Judentum“ dafür verantwortlich machte. In den Schlußsätzen rief er zum Kampf gegen die Feinde des Vaterlandes auf. Er beschuldigte Göring und Himmler der geheimen Verhandlungen mit dem Feinde, entkleidete sie aller Rechte und Ämter und schloß sie aus der Partei aus. Als Nachfolger bestimmte er Dönitz.

Sechsenddreißig Stunden nach der Abfassung seines politischen und privaten Testaments, am 30. April, als die russischen Panzer knapp vor dem Führerbunker standen, beging Hitler Selbstmord. Dönitz erfuhr am 1. Mai von Goebbels von seiner Ernennung zum Nachfolger Hitlers. Er gab sich keiner Täuschung hin, hielt aber die Erklärung über die Fortsetzung des Krieges im Osten aufrecht, um den übrigen deutschen Truppen die Möglichkeit der Gefangennahme durch die westlichen Streitkräfte zu ermöglichen. Am 2. Mai wurden die Kampfhandlungen an der italienischen Front eingestellt. Am 4. Mai unterzeichneten die westlichen Alliierten in der Lüneburger Heide mit Vertretern der deutschen Wehrmacht die Kapitulation im Westen. Am 7. Mai wurde im Hauptquartier Eisenhowers in Reims von den Vertretern der Vereinigten Staaten, Großbritannien, der Sowjetunion und Frankreich, Jodl und Friedeburg im Auftrag Dönitz' die bedingungslose Übergabe aller deutschen Streitkräfte an allen Fronten unterschrieben. Am 9. Mai um Mitternacht war der Krieg in Europa zu Ende.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Robert Blau, Josef Brazdovics, J. W. Brügel, Franz Fleck, A. M. Frey, Ernst Hein, Felix Slavik.

Wir bringen die Berichte des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht vom 6. März bis zum 5. April und für die Zeit vom 6. April bis 15. April 1945 Auszüge aus dem Archiv des Bundespressdienstes:

11. März 1945. An der unteren Drau behaupteten unsere Truppen die gewonnenen Brückenköpfe gegen starke Angriffe der Bolschewisten und Bulgaren. In Ungarn durchstießen unsere Angriffstruppen beiderseits des Plattensees weitere zäh verteidigte Stellungen der Sowjets.

12. März 1945. Amerikanische Bomberverbände flogen um die Mittagszeit in das Gebiet des Reichsgaues Wien ein und warfen Sprengbomben verschiedener Kaliber über unserer Stadt ab. Es entstanden Personenverluste und Sachschäden, vorwiegend in Wohngebieten. Außer zahlreichen Wohnhäusern wurden auch die Staatsoper, das Kunsthistorische Museum, die Neue Hofburg und weitere Kulturbauten getroffen; der Stephansdom hat einen Treffer im Sakristeitrakt erhalten, ferner erlitten das Burgtheater und das Deutsche Volkstheater Beschädigungen.

13. März 1945. Beim gestrigen Bombenangriff auf Wien wurden 186 Treffer gezählt. Die Oper, der Heinrichshof, die Albertina und der Philipshof wurden zerstört, das Burgtheater, die Neue Hofburg, das Kunsthistorische Museum und die Börse schwer beschädigt. In fast sämtlichen Straßen der Inneren Stadt gab es zerstörte Wohnhäuser (Weihburggasse, Kärntner Straße, Stephansplatz, Augustinerstraße, Walfischgasse, Mahlerstraße, Renngasse, Wipplingerstraße, Salvatorgasse und Concordiaplatz). Die ärgsten Verheerungen wurden rund um den Morzinplatz angerichtet: die Wohnhausanlagen zwischen Salvatorgasse und Kai gleichen einem Trümmerfeld.

15. März 1945. In den Mittagstunden setzten die amerikanischen Gangster die Serie ihrer Terrorangriffe auf Wien fort. Sie warfen wieder zahlreiche Sprengbomben verschiedener Kaliber, hauptsächlich in Wohngebieten. Es entstanden Personenverluste und Sachschäden. Durch das Abwehrfeuer unserer Flak wurde eine Anzahl feindlicher Flugzeuge abgeschossen.

16. März 1945. In Ungarn wehrten unsere Truppen südwestlich Siklos feindliche Angriffe ab. Unsere Divisionen beiderseits des Plattensees warfen zwischen unseren Stellungen noch zäh haltende Kräftegruppen des Feindes zurück, festigten ihre neuen Abschnitte und behaupteten sie gegen zahlreiche Gegenangriffe der Sowjets.

17. März 1945. Südlich des Plattensees nahmen unsere Truppen zäh verteidigte Stellungen durch umfassenden Angriff und zerschlugen Entlastungsvorstöße der Sowjets von Osten. Östlich und nördlich Stuhlweißenburg wurden starke sowjetische Angriffstruppen durch wirkungsvolles Abwehrfeuer deutscher und ungarischer Verbände gefaßt und ihre Spitzen nach geringem Geländegewinn aufgefangen.

18. März 1945. Nordwestlich von Stuhlweißenburg und im Vertesgebirge sind heftige Kämpfe mit starken feindlichen Angriffsgruppen im Gange. Herangeführte Kräfte warfen sich den Sowjets entgegen und fingen ihre Angriffsspitzen am Ostrand des Bakonywaldes und an den Ausgängen des Vertesgebirges auf.

18. März 1945. Gegen heftigen Widerstand der deutschen Truppen konnte der Feind nur einige Einbrüche an der Autobahn bei Honef erzwingen. Zwischen Kusel und Saarlautern widersetzten sich die deutschen Truppen dem starken, gegen die nordwestliche Rheinpfalz gerichteten Druck des Feindes.

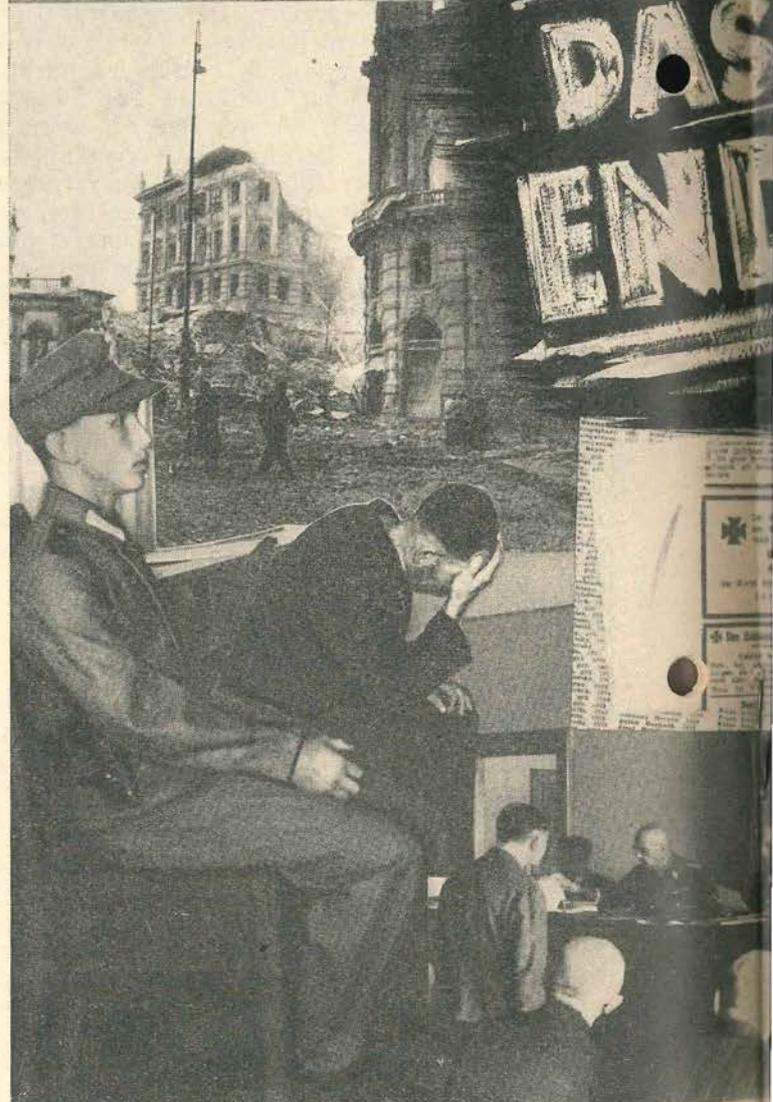
20. März 1945. Auf Grund der durch die letzten Luftangriffe entstandenen Schäden sind viele Wiener Haushalte vorübergehend nicht in der Lage, warmes Essen zu bereiten. Über Weisung des Reichsverteidigungskommissars wird daher je Verbraucher über sechs Jahre zusätzlich 500 Gramm Brot ausgegeben.

22. März 1945. Am oberen Gran schoben sich die Bolschewisten nach verlustreichen Waldkämpfen geringfügig weiter nach Norden vor. In der Schlacht beiderseits des Vertesgebirges wurde unsere Front durch Heranführen von Reserven weiter gefestigt. Der Gegner erzielte nur nordwestlich Stuhlweißenburg und Tatra geringen Bodengewinn, während sich die Mehrzahl der feindlichen Vorstöße vor Riegelstellungen festlief.

23. März 1945. Zwischen Plattensee und Donau vereitelten unsere Divisionen den Durchbruch starker Infanterie- und Panzerverbände der Sowjets. — In der mittleren Slowakei gewannen die anhaltenden starken Angriffe der Bolschewisten in verlustreichem Gebirgskampf südlich Neusohl nur geringfügig Boden.

24. März 1945. In der erbitterten Abwehrschlacht wurden nördlich des Plattensees vorgedrungene Angriffstruppen der Bolschewisten beiderseits Veszprem und nördlich Zirc nach hohen Verlusten für den Feind zum Stehen gebracht. . . Die Besatzung von Mainz kämpfte sich unter harten Gefechten auf das rechte Rheinufer zurück. . . Unter Einsatz von Schwimmpanzern konnten die Amerikaner bei Oppenheim den Rhein überschreiten. . . Zwischen Speyer und dem Westwall leisteten unsere Truppen dem überall angreifenden Gegner erbitterten Widerstand.

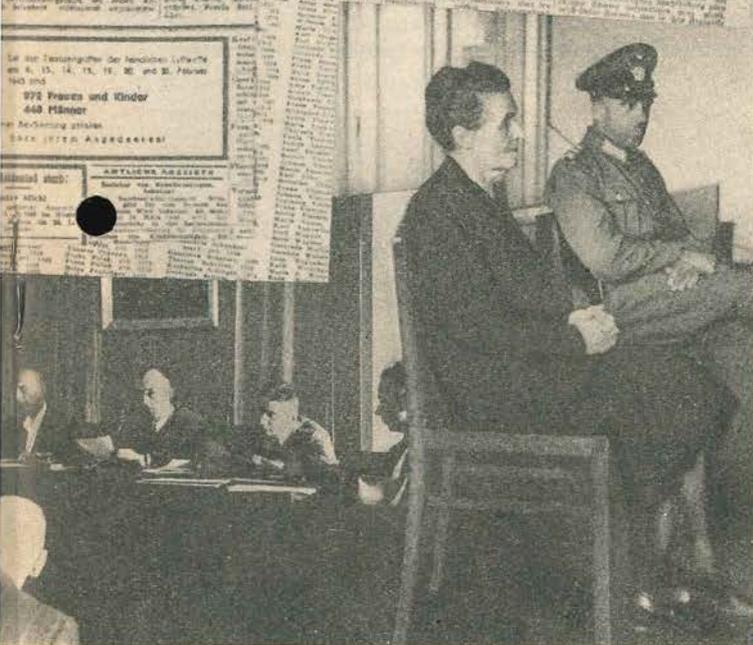
25. März 1945. Der Tapferkeit aller im Kampfe stehenden deutschen Truppen und der blitzschnellen Reaktion der deutschen Führungsstäbe ist es nach einer Woche Sowjetoffensive in Ungarn gelungen, in den entscheidenden Abschnitten den Feind aufzuhalten und einen operativen Durchbruch seiner angreifenden Panzermassen in die Tiefe des westungarischen Raumes zu verhindern.



26. März 1945. Noch ist der Höhepunkt der Sowjetoffensive nicht erreicht. Noch hält zwischen Donau und Plattensee die gewaltige Materialschlacht an. Die Härte der sich abspielenden Kämpfe ist selbst für die Verhältnisse des Ostkrieges ungewöhnlich, wissen doch beide Seiten, worum es in der Schlacht um Ungarn geht.

27. März 1945. Bei den Terrorangriffen der feindlichen Luftwaffe am 12., 15., 16., 21. und 22. März 1945 sind 671 Frauen und Kinder und 374 Männer der Wiener Bevölkerung gefallen. Ehre ihrem Andenken!

29. März 1945. In Nordwestungarn wurden die auf breiter Front



fortgesetzten Angriffe der Bolschewisten an der Zala und Raab aufgefangen. Nördlich der Donau leisten unsere Truppen dem Feind westlich des Gran an der Neutra Widerstand.

31. März 1945. Wir werden die Probe bestehen. Der Sommer 1945 wird nicht mehr, wie es die Feinde planen und verkünden, Volk und Reich in den Abgrund einer unausdenklichen Katastrophe stürzen, sondern jene geschichtliche Wende heraufführen, die Adolf Hitler angekündigt hat. Nie war sich die Nation mehr darüber einig, daß dieser gigantische Kampf um Sein oder Nichtsein nur mit unserem Sieg enden darf, und strömte selbst eine Welt von Teufeln auf uns ein!

1. April 1945: Es ist ein trauriger Weg, der zur Kanzlei unseres Schönbrunner Tiergartens führt. Man muß Umwege um Trichter machen, altehrwürdige Baumriesen sind zersplittert in den Efeu des Bodens gesunken und die samtene, gepflegte Grasnarbe ist an vielen Stellen aufgerissen. Angesichts der Zerstörungen, der verbogenen Gitter, zusammengestürzten Käfige, unbrauchbaren Wege erübrigt sich von selbst die öfter auftauchende Frage, ob die Menagerie wieder eröffnet werden wird. Es heißt Geduld haben.

2. April 1945. Die Zeit der Bewährung ist gekommen. Der Russe, schon der traditionelle Feind des alten Österreich, nähert sich unserer Stadt. Jeder von uns wird seine Pflicht bis zum äußersten tun. Aber auch jeder Helfer ist uns willkommen. Heute habe ich die Ehre, meinen alten Freund, den Oberstgruppenführer, Generaloberst der Waffen-SS Sepp Dietrich, bei Ihnen einzuführen, dessen kampferprobte SS-Männer bei uns eingesetzt werden. Er ist Ihnen und allen deutschen Volksgenossen als Führer der SS-Leibstandarte Adolf Hitler seit langem ein klarer Begriff geworden.

3. April 1945. Im Burgenland haben deutsche Panzer, Grenadiere und Gebirgsjäger die Russen bei Fortführung ihres breit angelegten Gegenangriffs weiter zurückgeworfen. Westlich des Neusiedler Sees haben die Kämpfe weiter an Wucht zugenommen. In Wiener Neustadt sind schwere Straßenkämpfe im Gange.

5. April 1945. Westlich der Leitha und südlich von Wien scheiterten die feindlichen Durchbruchversuche an der hartnäckigen Gegenwehr unserer Divisionen.

*

6. April 1945. Sowjetischer Fliegerangriff auf den Arenbergbunker im 3. Bezirk von Wien. — Die Umgebung der Feuerwehrezentrale Am Hof liegt unter Artilleriestörungsfeuer. — Die Feuerschutzpolizeikräfte Wiens erhalten Befehl, mit allen Geräten Wien in Richtung Floridsdorf-Korneuburg zu verlassen. — Auch die Türme von Sankt Stephan, die Feuerwächter der Stadt, müssen den Turm verlassen; sie kehren jedoch am nächsten Tag in die Türmerstube zurück.

7. April 1945. Im Volksprater brennen das Riesenrad und viele Schaubuden.

8. April 1945. Wien, vor allem die Innere Stadt, bietet ein schauriges Bild weit ausgedehnter Brände. Um 15.30 Uhr entsteht bei einem Fliegerangriff der Sowjets auf deutsche Kampffahrzeuge, die die Stadt passieren, in dem Häuserkomplex Rotenturmstraße-Stephansplatz-Brandstätte ein Häuserbrand von großen Ausmaßen. Um 17 Uhr beginnt durch Funkenflug von diesem Großbrand das Holzgerüst des unausgebauten Nordturms der Stephanskirche zu brennen. In den Nachtstunden steht das Dach des Singer-Hauses und das Dach des Hotel Royal in Flammen. Auch im Burgtheater, in dem ein großes Wehrmachtsmunitionslager eingerichtet ist, und im Parlament brechen Brände aus. Um 24 Uhr lodert an der Spitze des Stephansturmes ein Brand auf, der von den Türmern zusammen mit Geistlichen des Churhauses gelöscht werden kann.

9. April 1945. Die Brände in der Inneren Stadt breiten sich aus. Jede Löschaktion ist vergeblich.

10. April 1945. Die über die Donaukanalbrücken abziehenden SS-Truppen sprengen um ein Uhr früh die Augarten-, Salvator-, Marien-, Schweden-, Aspern- und Franzensbrücke. Um fünf Uhr früh ziehen die ersten Truppen der sowjetischen Armee in den ersten Bezirk ein. Während des ganzen Tages Artillerieduelle zwischen Einheiten der Sowjetarmee in der Inneren Stadt und der Waffen-SS.

11. April 1945. Das durch Artillerie- und Bordwaffenbeschuß mehrfach beschädigte Hauptdach der Stephanskirche beginnt zu brennen. Am Schottenring werden das Sühnhaus und das Polizeidirektionsgebäude ein Raub der Flammen.

13. April 1945. Im Laufe des gestrigen Tages fanden Kampfhandlungen um die Donaukanalbrückenköpfe statt. Durch Beschuß gerieten zahlreiche Häuser längs des Kais in Brand.

14. April 1945. Mit einem bescheidenen Kontingent von Feuerwehrleuten, die sich im Keller der Feuerwehrezentrale eingefunden haben, wird unter dem Kommando eines provisorisch bestellten Branddirektors versucht, da und dort ein Übergreifen großer Flächenbrände in den Häuserreale zu verhindern.

15. April 1945. Durch Einsatz sämtlicher verfügbarer Kräfte gelingt es zum erstenmal, einige Brände in der Inneren Stadt einzudämmen oder zum Stillstand zu bringen.

*

Zum Abschluß folgt ein Illustrationsbericht vom 11. April 1945. Die Ironie des Schicksals will es, daß die noch kämpfenden SS- und Volksturmverbände von den von allen Seiten angreifenden Russen langsam im Judenviertel Wiens, das seit 1938 ein Ghetto war, zusammengetrieben wurden. In den Anlagen des Praters toben bis in die späte Nacht hinein erbitterte Bajonettkämpfe. Jenseits der Donau werden Kämpfe in den Häuserruinen von Floridsdorf gemeldet, die hohe Verluste kosten. Über Deutsch-Wagram rückten die Truppen Malinowskis bis nahe an die nördlichen und östlichen Außenbezirke von Floridsdorf heran. Unter den besetzten Gebäuden befinden sich die Universität, Hofburg, mehrere Galerien und Museen, die Staatsbibliothek und der Stephansdom. Alle diese Baulichkeiten haben durch die Kämpfe nur wenig gelitten. Vom Rathaus, dem Parlamentsgebäude und dem Stephansdom wehen die österreichischen Nationalflaggen und die rote Fahne. („Neue Zürcher Zeitung.“)

Nur eine einmalige Entgleisung

Bemerkungen zu einer Rede des Bundestagsabgeordneten Merten

Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die den heroischen Versuch unternommen hat, auf den materiellen und ideologischen Trümmern des Dritten Reiches die Fahne des demokratischen Sozialismus aufzupflanzen, kann man nur mit höchstem Respekt für die vollbrachte Leistung begegnen. Wer die schwierigen Verhältnisse kennt, in denen sie zu arbeiten und sich gegen mehrere Gegner kämpferisch zu behaupten hat, wird manches Wort einer freundschaftlichen Kritik an dieser oder jener Sache oft ungesagt lassen. Aber es gibt Dinge, zu denen zu schweigen unmöglich ist, weil gerade der Respekt zur SPD es gebietet, sie auszusprechen.

Die Debatte im Bonner Bundestag über die Ratifizierung der Pariser Verträge wurde im Radio gesendet und konnte daher von Millionen verfolgt werden. Das Für und Wider dieses Vertragswerkes sei ganz außer acht gelassen, wenn wir an eine Rede anknüpfen, die im Rahmen dieser Debatte namens der SPD-Fraktion von dem Abgeordneten Hans Merten gehalten wurde, der sich ausschließlich mit der Haltung der Westmächte in der Frage der Kriegsverbrecher beschäftigte. Merten ist ein evangelischer Pfarrer, der sich in der Fürsorge für die Kriegsgefangenen große Verdienste erworben hat. Aber hier ging es gar nicht um die völkerrechtswidrig von der Sowjetregierung zurückgehaltenen Kriegsgefangenen, die ein gutes Recht darauf haben, nach Hause gelassen zu werden. Merten sprach über „Kriegsverurteilte und Kriegsgefangene im auswärtigen Gewahrsam“ — die letztgenannte Kategorie gibt es im Westen nicht. Als die Kommunisten in Ostdeutschland damit begannen, um das Nazipack zu buhlen, haben sie aus den früheren Kriegsverbrechern plötzlich harmlose „Kriegsverurteilte“ gemacht, und es ist eine Geschmacksfrage, ob man ihnen das Monopol auf Fälschung dieses Tatbestandes nicht belassen soll. Man könnte es einem Mitglied des westdeutschen Parlaments, welcher Parteizugehörigkeit auch immer, sicher nicht verübeln, wenn er für die Begnadigung kleinerer Sünder oder für eine Revision von einzelnen Urteilen eintreten wollte, die unbegründet scharf ausgefallen sein mögen. Aber Merten tut nichts dergleichen. Für ihn gründen sich alle Urteile gegen Kriegsverbrecher

auf die „sogenannte Rechtsprechung der Siegermächte“. Ohne auch nur eine Krokodilsträne für die Opfer der Kriegsverbrecher — ungezählte Parteigenossen Mertens sind unter ihnen! — zu vergießen, erklärte er das ganze Problem als eine „grundsätzliche Frage“, die so lange nicht gelöst sei, „solange sich noch ein einziger dieser Männer in den Gefängnissen der Gewahrsamstaaten befindet“. (Um Mißverständnissen vorzubeugen: dieser Betrachtung liegt der genaue Wortlaut der am 26. Februar im Bonner Bundestag gehaltenen Rede Mertens zugrunde.) Merten ist also für die Freilassung aller Kriegsverbrecher, die sich in alliierten Händen befinden.

Da gibt es zum Beispiel einen SS-Hauptsturmführer Aus-der-Fünten, der 1949 von einem holländischen Gericht zum Tode verurteilt und später zu lebenslanglichem Kerker begnadigt wurde. Dieser Herr ist einmal 1943 in der Nacht über ein Heim für jüdische Geistesranke in Holland hergefallen und hat die Insassen mitten in der Nacht, je 40 in einen Viehwagen gepfercht, unbekleidet durch ganz Deutschland nach Auschwitz schleppen lassen; wer bei der Ankunft in den versiegelten Waggons noch lebte, wurde sofort vergast. Da hat ein Pariser Gericht im Oktober 1954 die hohen SS-Funktionäre Oberg und Knochen zum Tode verurteilt; unter anderen Dingen haben diese zwei Burschen es auf dem Gewissen, daß 4051 Kinder französischer Juden mitten in Paris 1942 ihren Eltern entrisen und dann in Auschwitz vergast wurden. Will Hans Merten wirklich alle diese üblen Gesellen in Deutschland auf freiem Fuß wissen? Fast scheint es wirklich so, denn Merten zufolge handelt es sich bei den „Kriegsverurteilten“ nur um Leute, die wegen „Ausführung von Befehlen“ in Haft gehalten werden, „die nach deutschem Recht ausgeführt werden mußten“. Man glaubte, seinen Ohren nicht zu trauen, als man einen SPD-Abgeordneten diese Theorie vertreten hörte, die in unüberbrückbarem Gegensatz zum Rechtsempfinden der gesitteten Welt steht und auch von der SPD nie und niemals vertreten wurde. Im Interesse der Zusammenarbeit und des Friedens (!) müsse da „reiner Tisch gemacht werden“ — das sei eine „Herzensangelegenheit des gesamten deutschen Volkes“. Wenn das wahr ist, dann ist es sehr traurig, denn das deutsche Volk sollte viel eher den Herzenswunsch haben, sich

Zwei deutsche Märtyrer ...

Anfang November wurde der einstige Außenminister Hitlers und Reichsprotector von Böhmen und Mähren, Freiherr Constantin von Neurath, mit Rücksicht auf sein hohes Alter und seine geschwächte Gesundheit vorzeitig aus dem Gefängnis in Spandau entlassen.

Von Neurath war im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher in allen Anklagepunkten für schuldig befunden und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Als deutscher Außenminister hatte er Hitler im Jahre 1936 in seinem Entschluß ermuntert, das Rheinland wieder zu besetzen, was den ersten Schritt zum Weltkrieg bildete. In seiner Eigenschaft als Reichsprotector von Böhmen und Mähren unterdrückte von Neurath die demokratischen Freiheiten und machte in einer Proklamation vom August 1939 „die ganze tschechische Bevölkerung“ für alle zukünftigen Sabotageakte verantwortlich. Er empfahl die „Germanisierung“ der Tschechoslowakei und die Ausschaltung ihrer Intelligenz.

Von Neurath führte die jüdenfeindliche Politik und Gesetzgebung der Nazi in der Tschechoslowakei ein und wurde auch dadurch zum Handlanger der Mörder. Wie er zu seiner Entschuldigung anführte, folgte er mit dieser Anordnung einer Weisung Hitlers; er blieb aber auch der eigenen antisemitischen Haltung treu, die er bereits zu Beginn des Dritten Reiches eingenommen hatte. Damals half er als Außenminister wacker mit, die Wahrheit über die Ächtung und Entrenchung seiner jüdischen Mitbürger zu unterdrücken. Das „unsinnige Gerede des Auslandes über rein innerdeutsche Dinge, wie zum Beispiel die Judenfrage“, so äußerte er sich im September 1933, werde schnell verstummen, wenn man erkennen werde, daß „die notwendige Säuberung des öffentlichen Lebens wohl vorübergehend in Einzelfällen persönliche Härten mit sich bringen müßte, daß sie aber doch nur dazu diene, in Deutschland die Oberhand von Recht und Gesetz um so unerschütterlicher zu befestigen“.

Und selbst noch in Nürnberg — nachdem ihm längst bewußt geworden sein mußte, daß die von ihm gutgeheißen „Säuberung“ in die Gaskammern geführt hat — stand von Neurath voll und ganz zu der seinerzeit vertretenen Auffassung, daß die „Überflutung und Beherrschung des öffentlichen Lebens

durch die Juden“ habe beseitigt beziehungsweise eingeschränkt werden müssen.

Freiherr von Neurath mag kein eigentlicher Nationalsozialist gewesen sein, er gehörte aber zu jener Schicht des deutschen Adels, die aus ihrer Anfälligkeit an den Chauvinismus und an die Herrenmoral der Antisemiten mit dem Nationalsozialismus paktierte, seinen verbrecherischen Zielen diene und seine Schandtaten gegen die Außenwelt abschirmte.

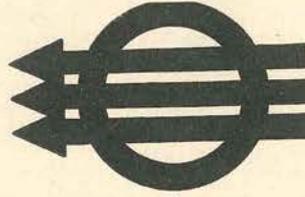
Von Neurath wurde, als er das Gefängnis verließ, mit Blumen empfangen. Die Kirchenglocken seiner Heimatgemeinde läuteten. Hohe und höchste Würdenträger der westdeutschen Bundesrepublik entboten ihm ihre bewegten Glückwünsche. Der Bundespräsident sprach sogar von einem Martyrium, das nun erfreulicherweise sein Ende gefunden habe.

Es gab in der Vorkriegszeit des Nationalsozialismus einen anderen deutschen Märtyrer, von dem gerade auch in diesen Tagen die Rede war, Carl von Ossietzky. Vor einigen Wochen wurde der ihm im Jahre 1936 verliehene Nobelfriedenspreis seiner Tochter ausgehändigt.

Carl von Ossietzky, auch er Sproß eines Adelsgeschlechtes, nahm freiwillig ein Martyrium auf sich, weil er sich weigerte, den Tyrannen zu dienen, weil er die verbrecherischen Pläne der Kriegstreiber enthüllte und weil er unentwegt seine Stimme gegen die Propagandisten des volksvergiftenden Antisemitismus erhob. Carl von Ossietzky litt für das mit Füßen getretene Recht, von Neurath aber für Unrecht, das er selber mitverschuldet hatte. In Ossietzky ehrte die Welt, als sie ihn für den Nobelfriedenspreis vorschlug, einen Apostel des Friedens, „der es bis zum Martyrium gewesen ist“.

Von Neurath hat die Jahre der alliierten Gefängnishaft überstanden, der viel jüngere von Ossietzky aber ist den körperlichen und seelischen Martern der Konzentrationslager erlegen, in die er eingesperrt wurde, als der deutsche Außenminister von Neurath das Gewissen der Mitwelt mit der jämmerlichen Versicherung zu beschwichtigen suchte, daß die „notwendige Säuberung des öffentlichen Lebens wohl vorübergehend in Einzelfällen persönliche Härten mit sich bringen müßte“.

Von Neurath und von Ossietzky — sie können nicht beide Märtyrer sein. Das neue Deutschland wird zwischen ihnen wählen müssen.



Kundgebung in Mauthausen

Montag, den 2. Mai 1955

Autobusfahrten laut Programm

von den grausigsten Schandtaten des Jahrhunderts, die da in seinem Namen verübt worden sind, zu distanzieren. Merten ist allerdings nicht für eine Generalamnestie zu haben, und er führte damit zwei interessante Gründe an. Dadurch würden auch Berufsverbrecher, die vor ihrer Nazilaufbahn wiederholt vorbestraft waren, freikommen, und das sei nicht wünschenswert.

Das mag schon stimmen, doch dürfte keiner der Berufsverbrecher eine solche Gemeingefahr darstellen wie der ehemalige Feldmarschall Kesselring, der sicher die erste Strafe seines Lebens erhielt, als er wegen vielfachen Mordes an italienischen Geiseln von einem britischen Gericht zum Tode verurteilt wurde; er ist in Westdeutschland auf freiem Fuß und überaus rührig. Noch bemerkenswerter ist das zweite Argument gegen eine Generalamnestie:

„Wir erkennen die Urteile, die da gefällt worden sind, niemals an, und weil wir sie niemals anerkennen können, können wir uns dieser Forderung (nach einer Generalamnestie) auch nicht anschließen, denn sie würde die Anerkennung der Urteile weitgehend beinhalten.“

Wer unter „wir“ gemeint war, wurde vorsichtshalber nicht gesagt, aber Merten ließ keinen Zweifel darüber, daß, zumindest seiner Ansicht nach, nicht das Nachzittern der nazistischen Schandtaten, sondern die Tatsache ihrer (übrigens höchst unzulänglichen) Verfolgung der Völkerverständigung im Wege stehe:

„Die Zurückhaltung dieser Gefangenen ist ungerecht, ist unmenschlich, und sie ist unvernünftig, denn sie wird die Zusammenarbeit unserer Völker auch in Zukunft immer wieder auf das stärkste belasten.“

Also sprach ein sozialdemokratischer Abgeordneter, dem auch das Schicksal der Kriegsverbrecher im britischen Gefängnis Werl sehr nahegeht:

„Auch dürfte einmal die Untersuchung der Lebensbedingungen in diesem Zuchthaus Werl sehr am Platze sein... Wie man hört, ist die Verpflegung außerordentlich schlecht und auch die sonstigen Lebensbedingungen erscheinen weit über das erträgliche Maß hinaus hart und unangebracht zu sein.“

Man wäre bereit, diese Kritik weniger unangebracht zu finden, wenn der Kritiker neben dem Los Schuldiger auch ein Sterbenswörtchen für das weit ärgere Los ihrer unschuldigen Opfer übrig gehabt hätte. Aber für ihn gibt es noch ganz andere Schönheitsfehler:

„Es gibt da noch einige Schönheitsfehler. Wir haben zum Beispiel mit den Niederlanden ein Abkommen über die Benachrichtigung in Rechtsangelegenheiten abgeschlossen. Wenn in den Niederlanden einer wegen Kriegsverbrechen zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt wird, wird darüber eine Nach-

richt an das deutsche Strafregister gegeben, aus der nicht zu ersehen ist, daß es sich hier um ein Kriegsverbrecherurteil handelt, und so kann dann später einer, der sich um eine öffentliche Stellung bewirbt, in die peinlichste Lage versetzt werden, wenn ihm dann das Strafregister vorgehalten wird, in dem steht, daß er wegen Mordes oder Beihilfe zum Mord eine derartige Zuchthausstrafe gehabt hat. Er hat dann alle Hände voll zu tun, um diese Dinge in Ordnung zu bringen. Ich glaube, das Bundesjustizministerium wird sich diesem meinem Wunsch nicht verschließen, dafür zu sorgen, daß diese Urteile unter gar keinen Umständen (!) in das deutsche Strafregister Eingang finden.“

Sollte ein rechtschaffener Mörder nicht eher Wert darauf legen, nicht mit einem Kriegsverbrecher verwechselt zu werden, als umgekehrt? Sollte ein sozialdemokratischer Parlamentarier nicht eher „alle Hände voll zu tun“ haben, dafür zu sorgen, daß Kriegsverbrecher überhaupt nicht in die Lage kommen können, sich um eine öffentliche Stellung zu bewerben?

Nach diesen wörtlichen Kostproben überrascht es kaum, daß Merten seine Rede in eine kategorische Forderung an die Länder, die er so schön „Gewahrsamstaaten“ nennt, ausklingen läßt, den „vergangenen Krieg auch in dieser Sache zu liquidieren“, nämlich durch Freilassung der diversen nazistischen Halsabschneider im Interesse der — Völkerverständigung.

Man wäre froh, wenn man diese Rede als eine einmalige Entgleisung abtun und als Ausfluß des Über-eifers eines oppositionellen Parlamentariers erklären könnte, der der Regierung um jeden Preis etwas antun will. Die SPD, in deren Bundestagsfraktion es viele Opfer Hitlers und der Hitlerei gibt, hat immer und bei jeder Gelegenheit ihre Solidarität mit allen bewiesen, die unter dem Treiben der deutschen „Kriegsverurteilten“ zu leiden hatten. Sie hat insbesondere das Verdienst, daß die Bestimmungen über die Entschädigung der Opfer des Hitlerschen Rassenwahns wesentlich verbessert wurden. Eine Eintagsfliege wie die Rede Mertens kann diese Verdienste nicht verwischen. Aber man kann doch nicht übersehen, daß es sich um eine im Namen der SPD in einer hochpolitischen Debatte abgegebene Erklärung handelt. Der Verfasser dieser Betrachtungen weiß sich eins mit dem Denken und Fühlen ungezählter einfacher Mitglieder und Funktionäre der SPD, wenn er mit allem Nachdruck entschiedenen Protest seiner Meinung Ausdruck verleiht, daß das Aussprechen solcher Gedankengänge durch einen parlamentarischen Vertreter einer sozialdemokratischen Partei nicht unwidersprochen bleiben darf.

Erinnerungen aus dem KZ Mauthausen

Einen Tag nach der Verurteilung durch ein Münchner SS-Gericht im Wiener Landesgericht II — es war ein kalter Regentag des Monats März 1944 — wurde ich mit noch 43 verurteilten Feuerwehrangehörigen mit Ketten aneinandergesesselt nach Mauthausen gebracht. Beim Marsch vom Bahnhof hinauf in das Lager fiel mir, obwohl es am frühen Nachmittag war, die gähnende Leere in den Straßen, die wir durch die Stadt Mauthausen geführt wurden, auf, ebenso das scheue, mitleidige Geschau einiger Frauen und Männer, die es wagten, bei geschlossenem Fenster, halb vom Vorhang verdeckt, auf uns vorbeimarschierende Gefangene zu sehen. Die Bewachung des Marsches ins Lager oblag lauter SS-Männern volksdeutscher Abstammung mit aufgepflanzten Gewehren und äußerst rüpelhaftem Benehmen. Im Lager angekommen, wurden wir sofort der politischen Abteilung übergeben, wo ich die erste Bekanntschaft mit den SS-Methoden machte: Ohrfeigen, Boxhiebe, Fußtritte und Beschimpfungen ärgerster Art. Nach erfolgter Personenaufnahme, die mehrere Stunden dauerte, wurden wir durch das Tor des Schurhauses ins eigentliche Lager vor das Bad geführt, dort in Viererreihen aufstellung genommen und jeder einzelne von einem SS-Mann nach Wertgegenständen abgefragt. Nach längerer Wartezeit bei Regen im Freien ging es dann hinunter ins Bad, wo Häftlinge mit grünem Winkel, es waren Kriminelle, die Effekten, welche sie nach ihrem Gutdünken aufnahmen, vermerkten und uns abnahmen. Nachher ging es an einem Arzt in Häftlingskleidern mit rotem Winkel, es war Professor Podlaha aus Brünn, wie ich später erfuhr, vorbei, dann zu den sogenannten Blockfriseursen, ebenfalls politische Häftlinge aus Spanien, zur eigentlichen Schur, der Haarentfernung am ganzen Körper, mit nachheriger Petroleumbepinselung und Reinigung. Mit nur einem Häftlingshemd und Unterhose bekleidet, standen wir nach dem Bade in eiskalter Nacht bei Regen mehr als eine Stunde im Freien. Anschließend wurden wir in den Bunker geführt, wo wir 13 bis 14 Häftlinge in eine Zelle von kaum 6 qm zusammengepfercht wurden. Am nächsten Tag mußten wir, bei starkem Schneetreiben bloß mit Hemd und Unterhose bekleidet, vor der Lagerschreibstube Aufstellung nehmen, um uns vom Lagerkommandanten, SS-Standardenträger Ziereis, eine der übelsten Schimpfkanonaden

anzuhören und die aus Konservendosenblech gestanzte Häftlingsnummer — ich erhielt die Nummer 60.768 —, mit Binddraht um das Handgelenk gebunden zu bekommen.

Nach längerer Bunkerhaft kam ich mit meinen Berufskollegen in die Quarantäne auf dem Vernich-

1945 — 1955

ZWEITE REPUBLIK

Trotz Kerker, Galgen, Fallbeil, Konzentrationslager erhob sich siegreich unsere herrliche Idee!

Unser Kampf war nicht umsonst!

Wir sind wieder da!

Wir bauen an der Zweiten Republik!

Zum 10. Jahrestag der Zweiten Republik ladet der Bundesvorstand der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus zu einer

FEIERSTUNDE

ein. Wir wollen aller gedenken, die nicht wieder kamen, wir wollen unseren Schwur erneuern, für die Republik, für den Sozialismus zu kämpfen und zu siegen! Es spricht unser Genosse SCHÄRF!

Die Feier findet am Freitag, dem 29. April 1955, um 19.30 Uhr im Sofiensaal, Wien III, Marxergasse, statt

tungsblock Nr. 20, von wo später, als wir bereits schon sehr lange auf dem Block Nr. 5 untergebracht waren, die Insassen — es waren durchwegs russische Kriegsgefangene — in der Nacht vom 10. auf den 11. Februar 1945 aus Verzweiflung einen Ausbruch versuchten, welcher aber fast keinem der Häftlinge die Freiheit brachte, sondern nur die Erlösung von den unmenschlichen Qualen — den Tod.

Ich erinnere mich noch jener Nacht auf dem Block Nr. 19 — es war längere Zeit vor dem Ausbruchversuch —, als ein Häftling des Blockes Nr. 20 mit

„08/15*)“

Versteht ein Romanverfasser, unterhaltsam zu sein durch gutes Tempo, durch Formung der „Wirklichkeit“ seiner Figuren, die am besten gedeihen, wenn sie eine behutsame Steigerung, ja eine leise Karikatur ihres Charakters und ihrer Handlungen erfahren, so wird der Erfolg nicht ausbleiben. Fußen diese Leistungen auf handfester kritischer Einstellung des Autors zu seinem Gegenstand, möglichst einem aktuellen Thema, so vermag er leidenschaftlichen Widerhall in einem Pro und Kontra mobil zu machen. Mit all dem ist aber über die Qualität des Werkes noch gar nichts gesagt. Sie kann vom geschickten Reißer über ehrliches Handwerk aufsteigen bis in den Bereich der Dichtung.

Der Widerhall, den Hans Hellmut Kirst mit seinem weder sehr reißerischen noch ganz ehrlichen deutschen Kasernenroman „08/15“ gefunden — man kann schon sagen: erstritten und erlitten — hat, übersteigt weit die Maße der temperierten Anteilnahme einer angenehm animierten Leserschaft, die das Stoffliche zu diskutieren pflegt. (Das Überstoffliche diskutiert sie sowieso nicht.) Es haben sich zwei schroff einander gegenüberstehende Lager herausgebildet, die des Autors geistige Tat teils empört verwerfen, teils jubelnd akklamieren. Es scheint, beides hat begonnen, über eine normale Reaktion hinauszuwuchern. Denn worum geht es?

Man tut, als untergrabe Kirst den deutschen Wehrwillen, weil er sich gegen bestimmte Methoden der soldatischen Ausbildung wendet, die von alters her im preußischen, dann im reichsdeutschen Heer, von Friedrich dem Großen angefangen bis auf unsere Tage üblich sind. Übrigens nicht nur im deutschen Heer. In diesem ausgeweiteten Sinn spricht Kirst also auch gegen die Untaten anderer Systeme.

Er tut es in seinem Roman, indem er solche Schäden und Mängel, Brutalitäten körperlicher und Unmenschlichkeiten seelischer Art an den Pranger stellt. Er will den Weg weisen, wie es sein müßte, indem er aufdeckt, was nicht sein soll, was aber ist seit eh und je. Er tut es durch nachdrückliche Zurschaustellung unterschiedlicher Figuren eines Artillerieregimentsteils, dessen Mitglieder, zum Bataillon gebündelt, ihre kommandierten Schicksale im Pferch der Kaserne einer

*) Zu einem Roman von Hans Hellmut Kirst.

Kleinstadt erdulden, putzend, dösend, aufmuckend, zu Kreuze kriechend, einander offen oder verdeckt malträtiertend — nicht zuletzt den wüsten Lebhaftigkeiten, dem Gebrüll und Getöse des Kasernenhofes überliefert: den äußersten Mühsalen, denen der zu erziehende und wie in einen Gefängnishof gesperrte Rekrut ausgesetzt werden kann.

Die Gruppe von „Erziehern“, übel gesinnten und solchen, die guten Willens, aber durch die Schamlosigkeit des Systems entmacht sind, andererseits die von butterweichen Hilflösen, von gerissen Ausbiegenden, von im Bombardement der Erniedrigungen hart werdenden Objekten der Soldatenschinderei — diese den Roman füllenden Gruppen nebst einer Zivilistenfamilie, in die zwei von den zur Kaserne Verdammten hineingespült werden, sind durch den Autor geschickt in Kontrasten gegeneinander geformt.

Da zeigen sich neben dem Erdachten in der Substanz der Romanfiguren starke Wirkungen des Echten. Neben der Person des Helden, des Gefreiten Asch, der nicht restlos glaubhaft geraten ist, läumelt der vordringlichste Gegenspieler, der Hauptwachtmeister Schulz, die Bürohyäne, die aber auch koryphäenhaft auf dem Kasernenhof und in den Schlafsälen herumtobt. In ihm haben wir die saftigste Figur — mit ihrem Saft der Widerlichkeit im bürokratischen wie im sexuellen Gehaben; er kujoniert die eigene Ehefrau wie die Untergebenen in die Verzweiflung der Rachsuchtigkeit hinein, bis die eine ihn hört, bis aus der Anonymität der anderen heraus nächtliche Schüsse gegen ihn fallen. Wie dann das losbrechende Theater um die Schüsse böseartig und lächerlich zugleich abläuft, das zeigt des Autors Gabe, das Faulige einer Situation ironisch aufzuhellen. Was nützt da der brave Unteroffizier Lindemann, dem es in tierischem Ernst aufrichtig darum zu tun ist, ein hundertprozentig korrekter Uniformrock zu sein? Er geht unter bei rundum soviel Unkorrektheit.

Den ganzen Jammer der „gezweibelten“ Kreatur zeichnet Kirst in der Schattengestalt des Kanoniers Vierbein, der vom Unteroffizier Platzek, einem besonders dienstbewußten Machthaber, geschunden wird. Vierbein, gutmütig, ängstlich und tollpatschig, deshalb ein bequemer Anlaß zur Ausübung von Sadismen — auf die der Unglückliche reagiert mit einer aus physischer und psychischer Schwäche bis in die Charakterlosigkeit reichenden Bereitschaft zur völligen Unterordnung, wodurch er sein Los nicht bessert, eher noch verschlimmert.

der Häftlingsnummer 3317 beim Scheinwerferlicht über die Mauer und den elektrisch geladenen Stacheldraht stieg, zu uns in den Block schlich, um etwas Essbares zu erlangen; dabei wurde er in der Dunkelheit erwischt. Als wir aber seine Nummer sahen, sofort wieder freigelassen und mit zusammengesammelten Brotresten beschenkt, da wir wußten, was er litt. Unterdessen hörten wir auch schon die SS-Posten, wie sie nach etwas suchten und schon war er beim Fenster draußen. Im A-Teil unserer Baracke hörten wir die SS-Posten, weil nichts gefunden wurde, auf die Insassen, lauter ungarische Juden, mit ihren Ochsenziemern zuschlagen. Auch bei uns im B-Teil hatten sie keinen Erfolg, und so sah sich einer der betrunkenen SS-Posten bemüßigt, auf mich Schlafendstellenden wehrlosen Häftling zu schlagen; er fügte mir damals mit seinem Ochsenziemer eine klaffende Platzwunde am Kopf zu. Beim darauffolgenden Zählappell mußte so lange gestanden werden, bis der fehlende Häftling, und dies war die Nummer 3317, gefunden wurde. Nach ungefähr zwei Stunden des Suchens hat ihn ein Grünwinkler, der Blockschreiber auf seinem Block Nr. 13, gefunden und an die SS verraten. Wie Furien stürzten gleich die zwei SS-Männer vom Bunker, es waren dies Proksch und Neumaier, mit ihren Ochsenziemern über den Armen her, schlugen ihn zu Boden, und während der eine auf den am Boden Liegenden weiter schlug, sprang der andere von einer ungefähr halben Meter hohen Böschung mit beiden Füßen dem Unglücklichen abwechselnd auf Kopf und Brustkorb, so daß wir unverhofft in der Nähe stehenden Häftlinge deutlich das Krachen von Rippen, aber keinen einzigen Schmerzenslaut des zu Tode mißhandelten Häftlings hörten. Den Rest gab ihm dann beim Bunker Lagerkommandant-Stellvertreter Bachmaier mit seinen beiden Doggen.

Das eben geschilderte Erlebnis war nur ein ganz kleiner Bruchteil von all den Qualen, die der Häftling vom KZ Mauthausen erlebte, erduldet, und wenn man über die Unzahl von noch viel mehr anderen Quälereien, die ich sah und einige selbst miterlebte, welche im Lager von den SS-Leuten, aber auch von den kriminellen Capos, ich nenne nur einen Namen „Lagerhexe Unek“, vollbracht wurden, so könnte man tagelang darüber schreiben.

Im Gedenken an die mehr als 100.000 Toten des KZs Mauthausen möchte ich meinen Tatsachenbericht mit dem Rufe an das Weltgewissen, diese Greuel niemals zu vergessen, beenden. Josef Brazdovics

Manche seiner Kameraden versuchen auf andere Weise als durch Speichelleckerei dem Gröbsten zu entinnen. Sie probieren es mit vorsichtiger oder frechen Machenschaften einer Art von Bestechung, oder sie reagieren mit Schmeichelei, mit Verstellung, mit Lethargie. Sichtbar wird eines: Die ganze Atmosphäre im Raum der Mannschaft ist vergiftet durch Terror und durch Finten, ihm zu entgehen, durch erheucheltes Ernst für die Aufgabe, durch erheucheltes Sichfügen.

Und die Offiziere? Der Bataillonskommandeur, ein Major — ein hervorragend gesehener, vielleicht das am schärfsten konturierte, dabei gemächliche Ungeheuer des Romans, ein Zyniker aus Lust am Mißbrauch der Überlegenheit, die ihm der Rang gibt und die er willkürlich herumgeißelt, um seine Offiziere in tödliche Verlegenheit zu bringen. Solches liebt er, damit er sie dann zu Salzsäulen erstarrt stehenlassen kann. Unter den so Zerkleinerten finden sich, wie auf einem Speisezettel, verschiedenartige Nummern. Der in die Schlamperei, die Zigaretten und die leichten Genüsse des Zivilen verliebte Österreicher, abkommandierter Hauptmann, der schrecklich verkehrt zwischen diese katastrophal tüchtigen Deutschen geraten ist; des weiteren der schon von seiner akademischen Bildung willen verhaßte und verhöhte Stabsarzt. Dann der Leutnant mit dem Streben nach seelischer Vornehmheit, dem dabei selber gar nicht wohl ist, der nichts militärisch Brauchbares ausrichtet und bestenfalls ein schäbiges Bedauern wegen seiner Mißratenheit einheimst.

Was nun den revoltierenden Abenteurer, den Gefreiten Asch, betrifft, so löst er zwiespältige Eindrücke beim Leser aus. Asch wird aktiviert zu seiner grotesken Unbotmäßigkeit, weil er voll bitterstem Grimm überschäumt, sozusagen an Stelle der Person seines erschöpften Freundes Vierbein, den er im letzten Augenblick aus einem fast schon vollzogenen Selbstmord zurückprügelt ins Dasein. Asch geriert sich manchmal hervorragend glaubhaft in seiner Resonanz gegen den Kasernenhof. Hiebei kommt auch des Autors Kirst Begabung für den Aufbau komischer Vorgänge zutage, die nicht um ihrer selbst willen glitzern, sondern zur Durchleuchtung ernster Dinge dienen. Aber der Gefreite Asch wirkt in anderen Situationen konstruiert. Dann wieder hat er in seiner Rebellion großartige Momente der echten Überlegenheit über die vorgestellten Peiniger, so wenn er, als er schon derart viel

Arbeiter! Angestellte!
Entleht Bücher der Betriebsbüchereien!

Betriebsrat!
Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!

Die Betriebsbüchereien
werden betreut durch die

Reise- u. Versandbuchhandlung
des
Österreichischen
Gewerkschaftsbundes

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

Eine Bitte an unsere Mitarbeiter

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, alle Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.

auf dem Kerbholz hat, daß man ihn festsetzt, in seiner Einzelhaft gegen den Stabsarzt handgreiflich wird, der ihn für unzurechnungsfähig erklärt hat. Er hat sich gewehrt gegen solche Degradation. Aber die Herren waren übereingekommen, die peinliche Sache mit diesem Asch könne am besten dadurch beigelegt werden, daß man ihn geistig zu Fall bringt.

Urheber solcher und ähnlicher Listen ist der Kommandeur. In seiner Truppe duldet er keinen Aufruhr und keine scharfen Schüsse gegen unbeliebte Vorgesetzte. Wo sie doch stattfinden — haben Revolte wie Mordversuch eben einfach nicht stattgefunden. Die dienstlichen Meldungen darüber wandern in den Papierkorb. Die mündlichen ernten ein abfälliges Grinsen. Denkt euch andere Belegungen der Affären aus! Affären gibt es in meinem Bataillon nicht. Er huldigt dem Morgensternschen Satz, „daß nicht sein kann, was nicht sein darf“. Aber Asch macht zunächst auch hier nicht mit. Er will gesund und verantwortlich bleiben. Freilich, weil man ihm das nicht zu erlauben gedenkt, bedient er sich der gefältschten Situation ausgiebig; er prügelt denjenigen in die Ecke der Zelle, der ihm ja attestiert hat, daß er derartiges ungestraft tun kann. So ist er zwar als für nichts mehr verantwortlich erklärt, er wäre aber doch jedenfalls weiter dafür verantwortlich, die Linie, seine Linie, einzuhalten. Kirst, scheint es, biegt aus und biegt ab; er läßt schließlich seinen Asch befördert sein in das Unteroffizierskorps. Das wäre als blutiger Witz von seiten derer, die Asch „beilegen“ wollen, akzeptabel. Aber das Schlimmste ist: Asch unterzeichnet den schmählichen Frieden.

Enttäuschend, zumindest ernüchternd also wirkt dieser Schluß. Wie aller Anfang und alle Mitte ihre Schwächen und Längen haben, wie das Ganze eine leidlich gut hinerzählte „Geschichte vom Soldaten“ deutscher Prägung ist. Statt Prägung kann man Quetschung sagen. Woher aber dieser heftige, weithin reichende Widerhall in der Öffentlichkeit, aufsteigend aus den beiden Sektoren der fanatisch Empörten, der begeistert Zustimmenden? Eben wegen jener Quetschung, wegen der „Erziehung“ des Deutschen in der Kaserne, die von den einen als schlimme Mißhandlung des Menschen angeprangert, von den anderen als zweckmäßige Behandlung des Soldaten gewertet wird.

A. M. Frey



Ein im Zusammenhang mit den Ereignissen des 15. Juli 1927 erworbener Körperschaden ist nicht nach dem Kriegsofferversorgungsgesetz entschädigungspflichtig*).

N. erlitt anlässlich der Unruhen am 15. Juli 1927 während der Kämpfe beim Justizpalast eine Verletzung. Sein Antrag auf Entschädigung nach dem Kriegsofferversorgungsgesetz wurde von der Schiedskommission beim Landesinvalidenamts mit der Begründung abgewiesen, daß aus der Teilnahme an diesen Unruhen und Kämpfen kein Versorgungsanspruch entsteht. Der Verwaltungsgerichtshof wies die Beschwerde des N. als unbegründet ab, wobei ausgeführt wurde, daß auf Grund des Kriegsofferversorgungsgesetzes Entschädigungsansprüche nur geltend gemacht werden können, wenn durch unverschuldete Einwirkung von Waffen und sonstigen Kampfmitteln als Folge militärischer Maßnahmen eine Gesundheitsschädigung erlitten wurde. Die Mitwirkung der Bundessicherheitsorgane zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung anlässlich der Unruhen und Kämpfe beim Justizpalast im Jahre 1927 wäre nicht als militärische Maßnahme zu qualifizieren, weil die Bundessicherheitswache ebenso wie die Bundesgendarmarie als Zivilwachekorper eingerichtet sind; das Bundesheer sei nicht herangezogen worden. Daher bestehe kein Anspruch auf Entschädigung nach dem Kriegsofferversorgungsgesetz.

Weiter führte der Verwaltungsgerichtshof aus:

Der Beschwerdeführer führt in seiner Beschwerde aus, das KOVG zähle in seinem § 2 in demonstrativer Weise Personen auf, die als versorgungsberechtigt zu gelten hätten, so unter anderem unter Punkt c Personen, die als Freiheitskämpfer im Kärntner Abwehrkampf eine Gesundheitsschädigung erlitten haben, und unter Punkt d die Opfer der Februarkämpfe aus dem Jahre 1934, und stelle unter Punkt b des § 2 KOVG ausdrücklich fest, daß eine vollständige Aufzählung aller Schadensfälle bei der Vielfalt der möglichen Tatbestände ausgeschlossen sei. Die vom Beschwerdeführer als Gesetzestext zitierten Stellen sind jedoch im KOVG nicht enthalten. Der Beschwerdeführer hat offenbar die Erläuterungen eines im Buchhandel erschienenen Kommentars als Gesetzestext aufgefaßt. Die Ausführungen, die der Beschwerdeführer auf einen vermeintlichen Gesetzestext stützen zu können vermeint, gehen daher ins Leere.

Aber auch nach der Bestimmung des ersten Teiles des zweiten Satzes des § 2 KOVG ist eine Versorgungsberechtigung des Beschwerdeführers nicht gegeben, da von den Vorschriften, die die Personenschädenverordnung als anwendbar erklärt hatten, Körperschäden, die anlässlich der Unruhen im Jahre 1927 erlitten wurden, nicht erfaßt wurden. Der Beschwerdeführer hat eingewendet, die belangte Behörde habe ihm nicht die

*) Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 2. Juni 1954, Zl. 2669/51.

ARBEITERBANK

AKTIENGESELLSCHAFT WIEN

Prompte und gediegene Durchführung aller bankmäßigen Geschäfte :: Entgegennahme von Spareinlagen gegen Verzinsung :: Finanzielle Beratung

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: R 50 540 Serie

Zweigstelle Wienzeile: Wien IV, Rechte Wienzeile 37
Telephon B 26 0 91

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 3363, 7559

Linz: Weingartshofstraße 3, Telephon 27 8 78

Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 4822

Gelegenheit gegeben, von den Ergebnissen des Ermittlungsverfahrens Kenntnis zu haben und dazu Stellung zu nehmen. Diese Einwendung, die zwar den Tatsachen entspricht, ist jedoch nicht geeignet, die Aufhebung des angefochtenen Bescheides wegen Rechtswidrigkeit infolge Verletzung der Verfahrensvorschrift des § 45 Abs. 3 AVG herbeizuführen, denn die belangte Behörde hat das tatsächliche Vorbringen des Beschwerdeführeres in seinem Versorgungsbegehren, er habe anlässlich der Unruhen und Kämpfe im Jahre 1927 einen Körperschaden erlitten, gar nicht bestritten. Die belangte Behörde hat vielmehr unter Anerkennung des tatsächlichen Vorbringens des Beschwerdeführers den Versorgungsanspruch aus rechtlichen Gründen abgewiesen.

*

Der Versicherungsträger ist verpflichtet, für die Gewährung von Begünstigungen an politisch Geschädigte (Abschnitt XVI des SV-ÜG) nicht nur die Bescheinigungen der Bezirksverwaltungsbehörden, sondern auch andere Nachweise über Schädigungszeiten anzuerkennen, wenn sie glaubhaft dargetan sind*).

Ein durch das nationalsozialistische Regime Geschädigter stellte an das Amt der Wiener Landesregierung den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens mit der Begründung, er habe erst durch einen Bescheid des zuständigen Amtes der Landesregierung davon Kenntnis erlangt, daß der Nachweis der Schädigung auch durch Vorlage der Amtsbescheinigung erbracht werden könne. Hiebei wies er auf seine Amtsbescheinigung nach dem OFG hin. Die Allgemeine Invalidenversicherungsanstalt hatte den Antrag auf Begünstigung aus der Tatsache der Haft des Antragstellers, für die die Amtsbescheinigung ausgestellt wurde, abgelehnt.

Das Amt der Wiener Landesregierung gab dem Antrag des Geschädigten teilweise Folge und führte aus:

Die Ansicht der Allgemeinen Invalidenversicherungsanstalt, daß sie zufolge § 117 Abs. 3 SV-ÜG 1953 andere als die in den Bescheinigungen der Bezirksverwaltungsbehörde ausgewiesenen Zeiten nicht als Schädigungszeiten anerkennen dürfe, widerspricht dem ersten Satz des § 117 Abs. 3 SV-ÜG 1953. Der Versicherungsträger ist an die Bescheinigungen der Bezirksverwaltungsbehörde insoweit, als sie Schädigungszeiten bestätigen, gebunden, nicht aber in dem Sinne, daß er darüber hinaus nicht auch noch andere Schädigungszeiten anerkennen dürfe, wenn sie glaubhaft dargetan sind. Dies ist aber der Fall, weil der Bescheid des Bundesministeriums vom 4. Juli 1953 in der Begründung ausspricht, daß die Haftzeit vom 5. Dezember 1944 bis 11. Februar 1945 durch drei Bestätigungen nachgewiesen ist.

*

Lehnt die Behörde die Ausstellung einer Amtsbescheinigung ab, so muß sie in schlüssiger Weise darlegen, weshalb sie keinen Zusammenhang zwischen den Mißhandlungen und der festgestellten Erwerbsverminderung erkennen kann).**

Will der Amtsarzt der Berufungsinstanz vom ärztlichen Gutachten in der ersten Instanz abgehen, so muß er den Beschwerdeführer untersuchen.

X. hatte im Februar 1952 beim Magistrat der Stadt Wien die Ausstellung einer Amtsbescheinigung nach dem OFG beantragt und behauptet, im November 1938 wegen seiner jüdischen Abstammung acht Tage in Haft gehalten und dabei einige Male durch Schläge und Tritte schwerstens mißhandelt worden zu sein. Dann habe er sechs Jahre in Jugoslawien versteckt gelebt, und infolge der damit verbundenen seelischen Leiden und Entbehrungen wäre er bereits in Jugoslawien erkrankt. Sein Zustand habe sich so verschlechtert, daß er nun bereits lange Zeit bettlägerig und arbeitsunfähig sei. Das Amt der Wiener Landesregierung gab dem Antrag keine Folge und führte in der Begründung aus, daß Amtsbescheinigungen gemäß § 1 Abs. 1 OFG für Personen auszustellen seien, die aus politischen Gründen in Haft waren oder Mißhandlungen erlitten haben und dadurch ein Leiden erwarben, das eine mindestens

*) Entscheidung des Amtes der Wiener Landesregierung vom 8. März 1954, Zl. 143/53.

**) Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 9. Juli 1954, Zl. 3469/53.

50prozentige Erwerbsverminderung durch mindestens sechs Monate nach sich zog. Eine Haftzeit in diesem Ausmaß sei nicht nachgewiesen. Es wären auch keine Belege beigebracht worden, durch die bewiesen werden konnte, daß es tatsächlich zu derart schweren Ausschreitungen seitens des Bewachungspersonals während der Haft kam, wodurch ein Leiden in der erwähnten Art erworben worden sei.

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung wies die Berufung des Beschwerdeführers mit Bescheid vom 6. November 1953 ab und erklärte, es könne wohl angenommen werden, daß durch die achttägige Haft und die erlittenen Mißhandlungen beträchtliche Gesundheitsschädigungen aufgetreten seien, doch habe eine hiedurch begründete 50prozentige Minderung der Erwerbsfähigkeit durch mindestens sechs Monate nicht vorgelegen.

Über Beschwerde des X. hob der Verwaltungsgerichtshof den Bescheid des Bundesministeriums für soziale Verwaltung wegen Rechtswidrigkeit auf. Die Entscheidungsgründe lauten:

Während von der Erstbehörde das Ansuchen des Beschwerdeführers mit dem Hinweis darauf abgewiesen wurde, daß der Nachweis für die behaupteten Mißhandlungen in der nationalsozialistischen Zeit nicht erbracht worden sei, hat das belangte Bundesministerium seinen ablehnenden Standpunkt damit gerechtfertigt, daß nicht angenommen werden könne, daß die 50prozentige Minderung der Erwerbsfähigkeit durch mindestens sechs Monate eine Folge der achttägigen Haft und der hiebei erlittenen Mißhandlungen sei. Nach Ausweis der Akten des Verwaltungsverfahrens gründet sich dieser Standpunkt der Behörde auf die Stellungnahme des Amtsarztes des Bundesministeriums, wonach auf Grund des amtsärztlichen Gutachtens des Stadtmagistrates Wien angenommen werden könne, daß durch die achttägige Haft des Beschwerdeführers und insbesondere durch die ihm während dieser Anhaltung zugefügten Mißhandlungen schwere Gesundheitsschädigungen aufgetreten seien. Auf eine dadurch bedingte 50prozentige Minderung der Erwerbsfähigkeit durch mindestens sechs Monate könne indes nicht geschlossen werden. Hiebei ist der Amtsarzt von der Sachverhaltsannahme ausgegangen, daß der Beschwerdeführer vom 10. bis 18. November 1938 in Haft gewesen sei und fünf Monate später (18. April 1939) in der Nähe von Leibnitz illegal die Grenze nach Jugoslawien überschritten habe.

Die Behörde hat im angefochtenen Bescheid weder in schlüssiger Weise dargelegt, inwiefern eine Kausalität zwischen den Mißhandlungen und der festgestellten Minderung der Erwerbsfähigkeit abzulehnen sei, noch hat im Berufungsverfahren der Amtsarzt der belangten Behörde, obwohl er vom Gutachten der ersten Instanz abgegangen ist, den Beschwerdeführer untersucht und im übrigen auch nicht sein Gutachten nach den Regeln der ärztlichen Wissenschaft begründet. Endlich hätte die belangte Behörde das ihr vorgelegte abweichende ärztliche Gutachten dem Beschwerdeführer vorhalten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben müssen.

Aus den Landesorganisationen

Floridsdorf

Jahresversammlung. Am 19. Februar 1955 hielt die Bezirksgruppe Floridsdorf ihre diesjährige Jahresversammlung ab. Der Bezirksobmann Genosse Blei begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder, insbesondere die Genossinnen Jochmann und Lehnert sowie den Bezirksobmann der sozialistischen Parteiorganisation von Floridsdorf, Genossen Hiezinger, recht herzlich.

Nach Bekanntgabe der Tagesordnung hielt Genosse Blei den verstorbenen Mitgliedern der Bezirksgruppe, Friedrich Böck, Leopold Braun, Alfred Burian, Johann Cibulka, Josef Machowetz, Franz Musil, Josef Rakuschan und Heinrich Walz, einen tiefempfundenen Nachruf und gelobte, ihrer niemals zu vergessen.

Nach Verlesen des Protokolls der vorjährigen Jahresversammlung erstattete Obmann Genosse Blei den Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Jahr und Genosse Bübl den Kassenbericht. Nach dem Bericht der Kontrolle stellte Genosse Huschka den Antrag, dem scheidenden Vorstand die Entlastung zu erteilen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

In das Wahlkomitee wurden die Genossen Franz Pokoy, Josef Paul, Josef Brazdovics, Stephan Trost und Genossin Barbara Berthold gewählt. Die Wahl erfolgte einstimmig.

Genossin Rosa Jochmann referierte sodann über allgemeine

Tagesfragen sowie über den 12. Februar 1934 und sprach über die großen Opfer, die damals von vielen Genossen gebracht wurden. Solche Tage dürfen sich niemals mehr wiederholen. Das können wir nur verhindern, wenn wir noch stärker und mächtiger werden. Dazu müssen aber alle arbeitenden Menschen mitheifen und beitragen. Sodann besprach Genossin Jochmann noch die 10. Novelle des Opferfürsorgegesetzes und betonte die Wichtigkeit der einzelnen Punkte, die da noch untergebracht werden müssen, denn es ist nun die letzte Möglichkeit gegeben, den Anforderungen der Opfer gerecht zu werden und gewisse Härten des Gesetzes zu verringern und abzuändern.

Die Ausführungen der Genossin Jochmann wurden mit großem Beifall zur Kenntnis genommen. Genosse Blei dankte im Namen der Versammlungsteilnehmer für die aufklärenden Worte.

Hierauf brachte der Obmann des Wahlkomitees, Genosse Pokoy, den Vorschlag für den neuen Vorstand, der von der Jahresversammlung einstimmig angenommen wurde. Es wurden folgende Genossen gewählt:

1. Obmann: Genosse Karl Blei.
2. Obmann: Genosse Viktor Marsal.
1. Kassier: Genosse Karl Bübl.
2. Kassier: Genosse Richard Grohs.
1. Schriftführer: Karl Mach.
2. Schriftführer: Viktor Marsal.

Opferfürsorgereferat: Genosse Karl Blei.

Beisitzer: Die Genossen Alois Stockhammer und Heinrich Litschauer.

Kontrolle: Die Genossen Rudolf Sturm, Ferdinand Huschka, Genossin Barbara Berthold.

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Genossin Berthold und die Genossen Gux, Stockhammer, Litschauer, Paul, Bübl, Pokoy, Grohs, Simar, Wilem, Huschka und Rechovsky.

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Genossin Berthold und die Genossen Marsal, Stockhammer, Rechovsky, Pokoy, Simar.

Genosse Blei dankte sodann für das durch die Wiederwahl ausgesprochene Vertrauen und gelobte, auch weiterhin seine ganze Kraft für die Interessen der Freiheitskämpfer einzusetzen. Die Versammlung wurde mit dem „Lied der Arbeit“ geschlossen.

*

Julius Domesly †. Am 13. März 1955 verstarb nach schwerem Leiden Genosse Julius Domesly im 55. Lebensjahr. Er war ein treuer und verlässlicher Anhänger unserer Idee und kämpfte jederzeit für die Rechte der Arbeiter. Im Februar 1934 hat er aktiv am Kampf teilgenommen und wurde verhaftet.

Die Beerdigung fand am 19. März 1955 auf dem Jedlersdorfer Friedhof im Beisein einer großen Trauergemeinde statt. Genosse Blei als Bezirksobmann der Freiheitskämpfer hielt am Grabe einen tiefempfundenen Nachruf; er betonte darin, daß wir dem Genossen Domesly für seinen Einsatz Dank sagen wollen und daß wir sein Opfer niemals vergessen werden.



**Zentral-
sparkasse**
DER GEMEINDE WIEN
WIEN I. WIPLINGERSTR. 8
33 ZWEIGSTELLEN

*Unter Haftung
der
Stadt Wien*

HERRN
MARSAL VIKTOR
WIEN XXI/141
FULTONSTR. 5-11/1/1/3

V. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.

STÄDTISCHE
VERSICHERUNG

Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 14. Juni 1955

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. U 21 6 20. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Wertertorgasse 9 Mi. 17 bis 18 Uhr
2. Praterstraße 25 a Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 41 .. Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 Do. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Dreihackengasse 7 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Tolbuchinstraße 8/10, I. Di. 17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 Jeden 2. u. 4. Mo.
18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Fr. 18 bis 19 Uhr
13. Hietzinger Hauptstraße 22 Di. 18 bis 20 Uhr
14. Linzer Straße 297 Fr. 17 bis 19 Uhr
- 15 a. Hackengasse 13 Mi. 17 bis 19 Uhr
- 15 b. Rustengasse 9 Fr. 18 bis 19.30 Uhr
16. Schuhmeierplatz 18 Do. 17 bis 19 Uhr
17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26 Jeden 1. u. 3. Mi.
18. Gentzgasse 62 Fr. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 18.30 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 33 Mo. 17 bis 19 Uhr
22. Donaufelder Straße 259 Mo. 18 bis 19 Uhr
25. Liesing, Breitenfurter Jeden 1. u. 3. Mo.
Straße 2 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei:

9. Berggasse 41, Parterre (Hausver- Jeden 1. Do.
waltung) 14 bis 16 Uhr

Sprechstunden in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Mödling, Bezirkssekretariat der SPÖ, Hauptstraße 42 jeden ersten Sonntag im Monat von 10 bis 11 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Hauptstraße 5 tgl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Kammerbücherei der Arbeiterkammer, Bahnhofstraße 42, bei Genossin Lona Sablatnig und Genossen Eduard Goritschnig tgl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Lin z, Landstraße 36, 1. Stock, Tür 3 Di., Mi., Do. ab 15 Uhr

Salzburg:

- Sprechstunden entfallen bis auf weiteres.

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Zimmer 15 Mi. 17 bis 19 Uhr
Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim, Kirchplatz 5

Tirol:

- Innsbruck, Salurner Straße 2, 2. Stock, Zimmer 40 tgl. außer Sa. 15 bis 18 Uhr